

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 270.

Freitag, den 17. November 1911.

18. Jahrg.

Hierzu 2 Beilagen und „Die Neue Welt“

Die Gastwirtsgehilfen und die Reichstagswahlen.

Am 12. Januar n. Js. wird das deutsche Volk zur Entscheidung über die deutsche Reichspolitik aufgerufen werden. Die Erbitterung über die reaktionären Maßnahmen der Regierung, die jüngste Struverschröpfung durch die famose „Finanzreform“, die Entrechtung der Arbeiterklasse in der Versicherungsgebung und anderes mehr, geht so tief, daß den Herrschenden vor den kommenden Wahlen bangt.

Die Parteien der Reaktion sehen deswegen alles in Bewegung, diejenige Partei, welche der Politik der Vergewaltigung und der Ausplünderung des Volkes die entschiedenste Opposition entgegenstellt, die Sozialdemokratie, mit allen Mitteln der Verleumdung zu bekämpfen.

Da entsteht denn auch für die gastwirtschaftlichen Angehörigen die Frage: „Wen wähle ich, wer vertritt meine Interessen?“ Die Zahl der Wähler aus dem gastwirtschaftlichen Beruf ist nicht gering. Gerade dieses Gewerbe hat im letzten Jahrzehnt ganz gewaltige Fortschritte gemacht. Die Gewerbezahl von 1895 stieg auf 234 427 Betriebe, während im Jahre 1907 329 587 gezählt wurden, in denen insgesamt (mit den Betriebsinhabern) 803 603 Personen beschäftigt waren. Die Zahl der beschäftigten Hilfspersonen liegt in der gleichen Zeit von 268 088 auf 302 252. Hierzu kommen die im Betrieb mit tätigen Familienmitglieder, deren Zahl von 135 970 im Jahre 1895 auf 253 249 im Jahre 1907 stieg.

Die Rückschrittler aller Art glauben von den Arbeitern und Angestellten im Handelsgewerbe wie auch im Gastwirtsberuf noch am ehesten Zuzug erwarten zu dürfen. Sie drängen sich bei der Wahl gern an diese heran, sonst allerdings kümmern sie sich recht wenig um deren Wohl und Wehe.

Die Wahlen von 1907 sind für das deutsche Volk verhängnisvoll im höchsten Grade gewesen. Der in Hurra-Stimmung zusammengekommene Reichstag brachte der Regierung die gewünschte Mehrheit, um die geplanten reaktionären Gesetze zur Durchführung zu bringen. Es kam die famose Reichsfinanzreform, die dem deutschen Volke alljährlich die nette Summe von 500 Millionen Mark kostete.

Und gerade das Gastwirtsberuf wurde davon am härtesten betroffen, und selbstverständlich die Angestellten wiederum am meisten. Von der genannten Summe müssen 100 Millionen vom Bier eingebracht werden. Der Tabak ist mit 43 Millionen, der Kaffee und Tee mit 37 Millionen, die Glühkörper und Zündwaren sind mit 45 Millionen belastet. Dazu kommen die kommunalen Lasten.

Das kann natürlich nicht ohne Wirkung auf die Angestellten bleiben, die Unternehmer versuchen die schon unzulänglichen Löhne der Angestellten noch mehr zu drücken, den Angestellten immer mehr Abgaben aufzubürden. Die Reklener besonders, die in ihrem Einkommen leider noch immer auf das Trinkgeld angewiesen sind, haben durch die neuen Steuern erhebliche Einbußen an ihrem Einkommen erlitten.

An dieser neuesten Belastung des deutschen Volkes sind mit Ausnahme der Sozialdemokratie alle Parteien mehr oder weniger beteiligt gewesen. Vor allem ist es der schwarz-blaue Block, das Zentrum und die Konservativen, der in Deutschland den Rückschritt auf allen Gebieten vertritt.

Die Sozialdemokratie hat als einzige Partei den Volkswagen bekämpft und sie verlangt gebieterisch, daß man angesichts der heranschleichenden Hungersnot die Grenzen öffne, damit billiges Fleisch und andere Lebensmittel nach Deutschland eingeführt werden können.

Wie als Staatsbürger allgemein, so haben die Gastwirtsgehilfen aber auch besondere Forderungen an die Gesetzgebung. Wer hat die Gastwirtsgehilfen im Reichstag vertreten zu einer Zeit, wo diese selbst noch garnicht daran dachten, sich politisch zu betätigen? Es waren sozialdemokratische Abgeordnete, Bebel, Auer, Stolle und andere, die zu wiederholten Malen auf die schlechten, verbesserungsbedürftigen Verhältnisse im Gastwirtsberuf hingewiesen und gesetzliche Eingriffe gefordert haben.

Es ist herzlich wenig, was die Gesetzgebung bisher für die gastwirtschaftlichen Arbeiter geleistet hat. Die Bundesratsverordnung vom 23. Januar 1902 legt die tägliche Ruhezeit auf 8 Stunden fest; es bleibt also der 16 stündige Normalarbeitstag, der „dop-

pelte Achtstundentag“ — wie die Gastwirtsgehilfen mit berechtigtem Spott höhnen. Sodann den 24stündigen Ruhetag alle 14 Tage, in Städten bis zu 20 000 Einwohnern alle 3 Wochen. Jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren dürfen eine ganze Stunde weniger pro Tag ausbeuteet werden. Diese Vergünstigungen aber genießen nur die Gelehrten, das Hilfspersonal ist davon ausgeschlossen.

Gegen dieses bißchen Arbeiterschutz laufen die gastwirtschaftlichen Unternehmer Sturm. In jeder Session des Reichstages liegen einige Petitionen von Unternehmer-Verbänden vor, in denen Abänderungen, will heißen Verschlechterungen der Bundesratsverordnung gefordert werden. Man sollte meinen, daß solchen Verjuchungen jeder wirkliche Arbeiterfreund entgegenzutreten müßte. Das trifft jedoch auf keine der bürgerlichen Parteien zu.

Der Sitzung des Reichstages vom 13. November 1906 lag eine Anzahl von Petitionen von Unternehmer- und Gehilfen-Verbänden vor; die einen verlangten Verschlechterungen, die anderen wandten sich hiergegen und forderten weiteren Ausbau der Verordnung. Da war es der Zentrumsabgeordnete Kaplan Dasbach, der sich mit Eifer der Wünsche der Unternehmer annahm. Er machte sich alle Argumente der Unternehmer zu eigen und begründete ganz wesentliche Verschlechterungen des ganz unzulänglichen Schutzes, nämlich die Durchlöcherung des 24stündigen Ruhetages.

Herr Trimborn suchte die ungünstige Wirkung der Rede seines Fraktionsgenossen Dasbach abzuschwächen; er trat im allgemeinen für die Forderungen der Gehilfen ein. Der eine trat also für, der andere gegen die Gehilfen auf.

Das Zentrum wollte sich nach beiden Seiten sichern; das ist echte Zentrumspolitik. Das sind falsche Freunde, die man auf jeden Fall abhüttele muß.

Dagegen nahmen gleich drei sozialdemokratische Abgeordnete, die Abgeordneten Schiele, Mollenhuth und Schmidt, hintereinander das Wort, um die Interessen der Gehilfen energisch zu vertreten.

Und selbst der frühere Staatssekretär im Reichsamt des Innern, Graf von Posadowsky, hatte bei einer anderen Gelegenheit erklärt, daß die Bundesratsverordnung das wenigste sei, was im Interesse der schwer arbeitenden Gastwirtsgehilfen getan werden müsse. Alle Versuche aber, die Bundesratsverordnung wenigstens auf das gesamte Personal auszudehnen, sind bisher noch immer an dem Widerstande aller bürgerlichen Parteien gescheitert.

Der Antisemit Burckhardt war nicht für die von den Gehilfen geforderte 36stündige Ruhezeit, sondern nur für Sonntagsruhe. Da diese aber im Gastwirtsberuf kaum möglich ist, so muß den Gastwirtsgehilfen die Unterstützung der Herren Antisemiten wenig, was nicht viel zu belagen hat, denn diese kommen im Reichstage weder an Zahl, noch an Einfluß irgendwie in Betracht. Sonst sprach Herr Burckhardt noch gegen die gewerbsmäßige Stellenvermittlung; aber auch da will er kein radikales Vorgehen, will nichts von Verbot oder Einschränkung wissen, sondern er will die Stellenvermittler aussterben lassen.

Auch bei der Beratung der Novelle zur Gewerbeordnung im Jahre 1908 blieb das Zentrum seiner jesuitischen Gesplogtheit treu. Herr Trimborn sprach arbeiterfreundlich, Herr Irl sprach gegen die Anträge, die eine Verbesserung auch für die Arbeiter in kleineren Betrieben, so auch für die Gastwirtsgehilfen gebracht haben würden.

Im Jahre 1904 versuchten es die Konservativen, unter Führung des Herrn Camp, dem bißchen Arbeiterschutz auf dem Wege über das preußische Abgeordnetenhaus beizukommen, indem sie beantragten, die Bundesratsverordnung nach der Richtung hin abzuändern, daß die Ruhezeiten für kleinere und mittlere Betriebe anderweit geregelt bzw. daß die Ortspolizeibehörden ermächtigt würden Ausnahmen von den Bestimmungen zu bewilligen. Nach ihm nahmen noch ein Redner von den Freikonservativen das Wort, nämlich Herr v. Zedlich-Neukirch, sodann sprach noch der Konservative Winkler, ferner der Nationalliberale Bartling, die samt und sonders in die Kerbe des Herrn Camp schlugen. Alle waren davon überzeugt, daß die Bundesratsverordnung von den Gastwirten Unmäßiges verlange und daß dieselbe deswegen beseitigt beziehungsweise abgeändert werden müßte. Vertreter der Sozialdemokratie waren damals noch nicht im preußischen Landtag, und so blieb die recht zahme Verteidigung der Arbeiterinteressen den Herren Bächem und Dr. Hirsch vorbehalten. Der Anschlag gelang nicht, in der Hauptsache aber deswegen nicht, weil gewissermaßen die Probezeit noch zu kurz war.

Daß aber auch die Freisinnigen in keiner Weise zuverlässige Vertreter der Arbeiterinteressen sind, zeigt das Beispiel des Herrn Dr. Erüger, der, ebenfalls kurze

Zeit nach dem Inkrafttreten des Gesetzes, gegen die Bundesratsverordnung wettete, wie es der ärgste Reaktionär nicht schlimmer tun kann, dem selbst der Schutz der Jugendlichen (die nach 10 Uhr abends nicht mehr beschäftigt werden sollen) zu weit ging.

Am 4. Mai 1910 wurde im Reichstag das neue Stellenvermittler-Gesetz in dritter Lesung beraten. Die Sozialdemokratie hatte die gänzliche Beseitigung der gewerbsmäßigen Stellenvermittler gefordert, an deren Stelle die Errichtung öffentlicher paritätisch verwalteter Arbeitsnachweise verlangt. Hiergegen sprachen sich die Vertreter sämtlicher Parteien aus, auch diejenigen Parteien und Abgeordneten, auf die die „nationalen“ Gehilfen-Verbände so besonders bauten. Es sei verfrüht, die öffentlichen Arbeitsnachweise könnten das öffentliche Bedürfnis nicht befriedigen, so sagten die einen, die anderen fürchteten das Monopol der paritätischen Arbeitsnachweise. Am meisten nahm sich Herr Mang von den Freisinnigen der gewerbsmäßigen Stellenvermittler an, die nicht beseitigt werden dürften, schon um die geheiligte freie Konkurrenz aufrecht zu erhalten.

Hier, wie überall und immer, das gleiche Schauspiel. Alle die sogenannten nationalen Parteien versagen, wenn es sich um die Interessen der Arbeiter handelt. Die bürgerlichen Parteien sind weiter nichts, als die politischen Vertreter bestimmter wirtschaftlicher Interessengruppen. Die Wähler der heillosen Klassen begehren politischen Selbstmord, wenn sie jene als ihre Vertreter wählen.

Auch die gastwirtschaftlichen Angestellten müssen mehr und mehr sich um öffentliche Angelegenheiten, um die Politik ihres Vaterlandes kümmern. Auch für sie kann es nicht gleichgültig sein, welche Zoll- und Steuervolitik die Regierung treibt; auch für sie ist es eine Notwendigkeit, daß wir in Deutschland ein durchaus freies Koalitionsrecht und ein wirklich gleiches Wahlrecht erhalten, daß überhaupt der Entwicklung zur Demokratie und zum Sozialismus hin die Bahn frei gemacht werde.

Und alle ihre Wünsche und Forderungen finden die arbeitenden Klassen, zu denen auch die gastwirtschaftlichen Angestellten zählen, lediglich bei den Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei vertreten; es liegt also in ihrem ureigensten Interesse, dafür zu sorgen, daß bei den nächsten Wahlen die Sozialdemokratie in großer Zahl in den Reichstag einzieht.

Die Reichstagswahl.

Graf Oppersdorff an seine Wähler.

In einem Flugblatt: „An die Wähler der Kreise Glatz und Habelschwerdt“, das demnächst verteilt wird, rechnet der Zentrumsabgeordnete Graf Oppersdorff, der dort nicht wieder aufgestellt wurde, mit seinen Widersachern ab. Die schwersten Vorwürfe, die ihm gemacht worden sind, tipfeln darin, daß er den Polen zu freundlich gegenüberstand und insbesondere den Großpolen Versprechungen gemacht habe, die mit dem Programm des Zentrums nicht in Einklang zu bringen seien. Ferner seine vom Zentrum abweichende Abstimmung in der elsass-lothringischen Verfassungsfrage. Hierzu betont Graf Oppersdorff, daß seine Haltung zum Sprachenparagrafen von einer großen Zahl Zentrumsabgeordneter geteilt wurde. Er habe weiter nichts getan, als an dem oft verkündeten Zentrumsgrundsatz festgehalten, daß es ein Naturrecht des Menschen sei, an Erlernung und Ausübung seiner Muttersprache nicht verhindert zu werden. In kräftiger Sprache sagt dann der Zentrumsgraf seinen bisherigen Freunden seine Meinung. Die Epistel schließt: „Nenne mir dein Mittel und jeder sagt Dir, wer Du bist.“

Unterdessen hat sich Graf Oppersdorff nach einem anderen Wahlkreis umgesehen und zwar will er in Fraustadt-Lissa kandidieren. Diesen Kreis vertritt jetzt der Reichsparteiler Dr. Kolbe, der mit 6162 Stimmen gewählt wurde. Auf den Polen entfielen 3345, auf das Zentrum 1981, auf den Sozialdemokraten 550 Stimmen. Mit der Kandidatur des Grafen befaßt sich der Posener „Dziennik Poznanski“, der sagt:

„Die Lage im Wahlkreise Fraustadt-Lissa sei so eigenartig, daß die Polen an einen Sieg aus eigener Kraft nicht denken könnten. Gegenüber der Alternative: „Hakaitist oder Zentrumsmann“ sei die Entscheidung nicht schwer, zumal wenn es sich um eine bei den Polen beliebte Persönlichkeit, wie die des Grafen Oppersdorff handele, der stets gerecht den Polen gegenüber aufgetreten sei.“

Für den Wähler Dr. Dietrich Gahn will das Zentrum im Wahlkreise Lehe-Geestemünde gleich bei der Hauptwahl eintreten.

Ein Klerikaler über geistliche Wahlagitation.

Der Ausgang der Nachwahlen, die dem Zentrum Niederlage auf Niederlage brachten, scheint nun auch dort Eindruck gemacht zu haben, wo man sonst über Verquickung von Politik und Religion wenig Skrupel empfand. Namentlich der Ausgang im Konstanzer Wahlkreis hat allem Anschein nach den „staatl. Wahlheften“ zum Nachdenken veranlassen gegeben. Farrer rief die Politik aus Friedrichseld bei Mannheim veröffentlicht im „Oberheinhischen Pastorenblatt“, dem Organ des klerikalen Klerus der Erzdiözese Freiburg, nachstehende Mahnungen:

„Die Reichstagswahlen werden uns manche Aufregungen bringen und unser (gemeint ist der klerikale Klerus) gutes Recht ist es, von dem Gebrauch zu machen, was uns als Staatsbürger zukommt. Aber lassen wir die Politik von der Kanzel weg! Das Damoklesschwert des Klerus (§ 130 a des Strafgesetzbuches) hat schon manchen ausgezeichneten Priester, an dessen patriotischer Gesinnung so wenig zu zweifeln war, wie an seiner kirchlichen, getroffen. Es schwebt auch heute noch über uns. Darum: Weg mit der Politik von der Kanzel. Nicht, als ob wir schweigen sollten wie stumme Hunde. Mit nichten! Aber diejenigen, die nach ihrer politischen Gesinnung in anderen Reihen stehen, werden wir durch Erörterungen auf der Kanzel nimmermehr bekehren, wohl aber ihnen wohlfeilen Grund geben, ganz aus Predigt und Gottesdienst wegzubleiben. Politisch Schwankende und Zweifler müssen eben bei anderen Gelegenheiten kuriert werden: in unseren Vereinen, durch unsere Presse! Diese beiden Gebiete und auch das Feld, auf dem der Geistliche für die Erkräftigung und Sicherung der Rechte seiner Kirche politisch tätig sein kann und soll.“

Wer nun aber glaubt, so denken schließlich viele Geistliche, dem kann man ein Studium der Lektüre über „Geistliche Wahlbeeinflussung“ nicht genug empfehlen. Die Wahlen in Düsseldorf, Konstanz, die Landtagswahlen in Elsaß-Lothringen und die Gemeinderatswahlen in Köln haben erst in den letzten Tagen bewiesen, wie die Geistlichen über Politik und Kanzel denken. Hartmann Bodewig-Münchener konnte in seinem Buche über geistliche Wahlagitation ein Rundschreiben des badischen Zentrumsführers Wacker veröffentlichen, das an sämtliche Pfarrämter Badens gerichtet war und worin den Geistlichen die Agitation von der Kanzel herab aus Herz gelegt wurde. Im elsässischen Landtagswahlkreis Markirch betätigten sich die Geistlichen sogar als — Briefträger. In jedes Haus ging ein solcher schwarzer Briefträger und gab ein gelbes Kuvert ab, das eine Aufforderung enthielt, in der es unter anderem heißt:

„Stimmen für einen Sozialisten, heißt stimmen gegen Gott und die Religion! Ich weiß, daß Ihr in Eurer Todesstunde den Sozialismus verflucht, diese Feinde Gottes und der Religion. Deshalb müßt Ihr demselben schon jetzt entlagen, wenn Ihr an Gott glaubt und an das Gericht nach dem Tode.“

Diese Agitation der Geistlichen muß so böse Früchte getragen haben, daß selbst ein bishöfliches Blatt jetzt vor den Reichstagswahlen vor der Verwechslung der Kanzel mit der Agitationsbühne warnt!

Die kommende Militärvorlage.

Der Reichstag hat im vorigen Jahr ein neues Quinquennat bewilligt, in dem die neue Militärvorlage mit einem Kostenaufwand von 142 Millionen Mark inbegriffen ist. Der Etat für 1911 enthält allerdings nur 8 Millionen Mark Ausgaben für die neue Militärvorlage, sodas in den Jahren 1912 bis 1918 die weiteren 134 Millionen Mark zu decken sind. Man war sich damals bereits vollkommen darüber klar, daß in absehbarer Zeit eine neue Militärvorlage kommen werde, nur hat man für solche Vorlagen jetzt eine andere Bezeichnung gefunden, man nennt sie: Ausfüllung von Lücken. Die nächste Ausfüllung von Lücken ist für den 1. April 1912, den Beginn des neuen Etatsjahres vorgesehen. Die „Neue politische Correspondenz“ will darüber erfahren haben:

„Abgehen von der Vermehrung der Trainbataillone um eine Kompanie, soll die grundsätzliche Trennung der Traindepots von den Trainbataillonen durchgeführt werden. Der jetzige erste Offizier des Traindepots soll den Titel „Vorstand“ erhalten, der jetzige zweite Offizier heißt Oberleutnant oder Leutnant beim Traindepot. Neben der bestehenden Traininspektion wird eine Traindepotinspektion gebildet, der die Feldzeugmeisterei unterstellt wird. Der Traindepotinspekteur soll den Rang eines Brigadekommandeurs erhalten. Ihm sollen zwei Stabsoffiziere oder Hauptleute als Referenten zugeteilt werden. Unter der Traindepotinspektion werden zwei Traindepots stehen, voraussichtlich in Berlin und Kassel für die Traindepots östlich und westlich der Elbe. Diese sollen Regimentskommandeurrang und einen Stabs-offizier oder Hauptmann beim Stabe erhalten. Neu eingerichtet sollen werden sechs Kommandeure des Trains in Regimentskommandeurstellen, denen mehrere Trainbataillone unterstellt werden.“

Die deutsche Armee zählt gegenwärtig, abgesehen von den diversen Versorgungsabteilungen, 23 Trainbataillone, das wäre also zunächst eine Vermehrung um 23 Kompanien. Wenn die vier Traininspektionen eingehen, so ist damit keineswegs etwa eine Ersparnis beabsichtigt, denn es tritt lediglich eine Verschiebung in den Stellen ein und die Besetzung der neuen Traindepotinspektion mit einem Brigade-General bedeutet bestimmt eine Mehrausgabe. Kein Zweifel — im Kriegszustand arbeitet man wieder an Reformen, die auf eine Heeresvermehrung hinauslaufen. Für die nötige Stimmung in der Öffentlichkeit sorgen die inaktiven Generale, die bei den verschiedensten bürgerlichen Blättern einen Rednerberuf als Mitarbeiter gefunden haben. So verlangt der reichsverbandliche Agitator, General a. D. von Gersdorff in der „Post“ eine ganz unjüngere Militärvorlage, als deren Mindestmaß er die weitere Ausbildung von 90 000 Mann verlangt. Damit liege die Friedenspräsenz der deutschen Armee auf 716 000 Mann. Die Mehrkosten würden

etwa 150 bis 200 Millionen Mark pro Jahr ausmachen. Die Kosten spielen für den General und seine Freunde keine Rolle — sie brauchen sie ja nicht zu bezahlen. Der Etat des Reiches ist momentan so gespannt, daß auch nur die geringste Heeresvermehrung neue Steuern bedingt, wie ja auch schon die Kosten der jetzt laufenden Militärvorlage auf keinen Fall aus den derzeitigen Einnahmen des Reiches gedeckt werden können. Mehr Soldaten — neue Steuern; das paßt noch für die Reichstagswahlen!

Die rechtsstehenden Parteien der Provinz Hannover

werden am 26. d. M. in Hannover tagen. Folgende Herren haben die Referate übernommen: 1. Czöllenz v. Kröcher: Die politische Lage. 2. Czöllenz Generalleutnant v. Liebert: Die Sozialdemokratie und die bürgerlichen Parteien. 3. Reichstagsabgeordneter Lattmann: Unsere Kolonialpolitik. 4. Dr. Diederich Hahn: Steuer- und Wirtschaftspolitik.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Der zweite Tag der Schiffsabgabendebatte hat die Annahme des grundlegenden Artikels gebracht. Ein bedeutendes Stück deutscher Einheit ist damit befestigt, da die Abstimmung dritter Lesung nicht anders ausfallen wird. Die altfeudalen Stromzölle feiern in etwas modernisierter Form ihre Auferstehung, und dafür stimmte nicht nur die ganze schwarzblaue Mehrheit, sondern auch fast alle Nationalliberalen mit Ausnahme von Bassermann und ein paar Bassermannianern und sogar, durch landschaftliche Vorteile gewonnen, das Fähnlein der schwäbischen Fortschrittler, das man einstmals das Fähnlein der Aufrechten nannte, unter Konrad Haubmanns Führung. Gewiß mag es diesen Schwaben nicht leicht geworden sein, aber was hilft schließlich das nasse Auge, wenn das hitere Auge die Entscheidung bestimmt! Herr Konrad Haubmann hatte, um weiter mit Hamlets Stiefvater zu sprechen, Leid und Lust abgemogen und er hat die Lust der Vorteile größer gefunden, als das Leid der Abgaben. Auf die Verbesserungen weist er hin, die die Kommission angebracht hat. Raum aber war dieser Hinweis dem Gehege der Haubmannschen Zähne entfallen, als die Mehrheit eine dieser Verbesserungen wieder ausstrich und die immerhin einigermaßen Garantien bietende, von der Kommission eingefügte Begriffsbestimmung der künstlichen Wasserstraßen befestigte. Wir wollen abwarten, ob nicht bei der Spezialberatung am Freitag noch weitere Verbesserungen erreicht werden. Schon haben die über diese Verbesserung wütenden Konservativen ihre Beschneidungsmesser gewetzt.

Außer der Abstimmung gehörte der ganze Donnerstag noch der Generaldebatte, die sich an Artikel I anknüpfte. Sämtliche Sachen, am nachdrücklichsten unser Parteiveteran Stolle, aber auch der Nationalliberale Dr. Heinze und der Freisinnige Günther bekämpften die Stromzöllerei, mit der Preußens Machtgebot bundesbrüderlich Sachsen heimfucht. Für die Vorlage sprachen ein gewisser Palmjunker Winkler, der Zentrumsgraf Prasmann und der unermüdliche Diederich Hahn, der mit schöner Offenheit die Moselkanalisierung darum verwarf, weil man den Schlotjunkten des Ruhrreviers unbequeme Konkurrenz vom Halse halten müsse. Auch ein Beweis für das immer enger werdende Bündnis zwischen Kraut und Schlot. Mit Kraft und Schärfe geißelte Genosse Frank, der Mannheim mit seinem großen Flußhafen vertritt, die Verkehrs- und Volksfeindlichkeit der Vorlage, die auch der Freisinnige Gothein noch einmal gebührend kennzeichnete, worauf Konrad Haubmann den parlamentarischen König Claudius von Dänemark spielte und „mit Leichenjubel und mit Hochzeitsklage“ sich prinzipiell gegen und in Pragis für die Vorlage erklärte. Es folgte dann die bereits oben in ihrer Bedeutung gekennzeichnete Abstimmung.

Gedrückte Stimmung bei den Konservativen.

Die „Konservative Correspondenz“ bringt in der Nummer vom 14. November eine parteiamliche Erklärung zu Bethmann-Hollwegs Absage, die alles, nur keine Kampflust enthält. Das Dokument lautet:

„Der Herr Reichskanzler von Bethmann-Hollweg hat seinen Reden im Reichstage noch einige Erklärungen in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ hinzugefügt.“

Es wird darin die Meinung vertreten, daß er es als seine Pflicht habe erachten müssen, das Land und die Parteien „zur Besonnenheit zurückzurufen“, schädlichen Wirkungen angeblicher „chauvinistischer Aussprüche“ vorzubeugen und das Marokko-Abkommen von „phantastischen Ansprüchen und wahlstaktischen Rücksichten“ freizumachen, die bei mehr als einer Partei zu der ungünstigen Aufnahme des Werkes beigetragen hätten.

Was die konservative Partei anlangt, so hat ihr Redner an dem Abkommen selbst nur das Maß des sachlich Zulässigen mit keinem Worte überschreitende Kritik geübt. Sie empfindet es als eine schwere Kränkung, wenn ihr vorgeworfen wird, sie habe eine nationale Angelegenheit zum Anlaß eines wahlstaktischen Manövers benutzt. Nach ihrer Vergangenheit sollte die konservative Partei gegen solche Vorwürfe geschützt sein.

Wenn der leitende Staatsmann es als unberechtigt erklärt, daß auch der Redner der konservativen Partei im Namen seiner politischen Freunde gegen die unrationales Existenz- und Selbstbestimmungsrecht einengende und von der deutschen Regierung jedenfalls öffentlich nicht mit genügender Deutlichkeit beantwortete Kundgebung der englischen Staatsmänner aus dem nationalen Bewußtsein heraus Abwehr übte, so muß nochmals lebhaft bedauert werden, daß der durch unser Volk gehende nationale Schwung so wenig erkannt und benutzt wird.

Wir wissen aus zahlreichen Kundgebungen, daß die Mitglieder der konservativen Gesamtpartei im deutschen Reich den Standpunkt der Reichstagsfraktion vollkommen teilen.“

Zur Seniorenkongress des Reichstages

wurde bestimmt, daß in der Woche vom 19. bis 26. November keine Plenarsitzungen des Reichstages stattfinden. In dieser Zeit sollen die Kommissionen arbeiten. Die am 27. November beginnende Sitzung wird sich zunächst mit dem Hilfskassengesetz beschäftigen. Im Anschluß daran sollen behandelt werden die zweite Lesung des Versicherungsgesetzes für Angestellte und der Bericht der Budgetkommission über die zu dem Marokkoabkommen gestellten Vorschläge.

Dann gedenkt man bis zum 2. Dezember folgende dritte Beratungen zu erledigen: Den Gesetzentwurf über die Schiffsabgaben, das Hausarbeitsgesetz, das Gesetz über die Gewerbeordnung (§ 114 a), Handels- und Schiffsverträge mit Japan, Auslieferungsvertrag mit England, Notenaustausch mit Japan, über Konsulatwesen und die Handelsbeziehungen zum britischen Reich.

Der Gesetzentwurf über die Errichtung eines Kolonial- und Konsulargerichtshofes soll fallen gelassen werden.

In dieser Woche wird beabsichtigt noch zu erledigen: Die zweite Beratung des Schiffsabgabengesetzes, die zweite Beratung des Hausarbeitsgesetzes und des § 114 a der Gewerbeordnung usw.

Geständnisse.

In der Wut plaudern die gezüchtigten Nationalisten recht nett aus der Schule. So stellt die „Rhein.-Westf. Ztg.“ jetzt fest:

„Zur Zeit der Entzündung des „Panthers“ nach Agadir waren dort keine deutschen Interessen zu schützen, denn es befanden sich dort nur zwei um ihre Sicherheit gar nicht bange Mannesmann-Intensiviere. Hätte man nur deutsche Interessen schützen wollen, so hätte der „Panther“ Tanger, Casablanca oder Mogadhar anlaufen müssen, wo große deutsche Handlungshäuser mit einer größeren Anzahl deutscher Angestellten bestanden.“

Als wir am 3. Juli daselbe sagten, als wir darauf hinwiesen, daß es in Agadir nichts zu stützen gäbe, da waren wir „Landesverräter“. Und jetzt müssen die Herren selbst eingestehen, daß damals das deutsche Volk belogen und beschwindelt worden ist.“

Der Raubkrieg.

Nach einem Telegramm, das im türkischen Finanzministerium eingegangen ist, dauern die Kämpfe um Tripolis fort. Alle italienischen Angriffe auf Misirbaba wurden zurückgeschlagen. Bei Dschuljana sollen die Italiener große Verluste an Leuten und Munition erlitten haben.

Gerüchteleise verlautet, daß bei einem neuen Angriff in Bengasi die Italiener zurückgeschlagen seien. Sie sollen angeblich 300 Tote gehabt haben.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 17. November.

Achtung, Bauarbeiter! über die Firma Glogner ist bei den Ausschachtungsarbeiten der Straßenbahn-Wagenhalle (Nabenstraße) wegen Lohnunterschieden die Sperre verhängt. Kein rechtlich denkender Arbeiter darf den entlassenen Kollegen in den Rücken fallen.

Die Tarifkommission.

Mit den bevorstehenden Bürgerschaftswahlen beschäftigten sich gestern abend drei Volksversammlungen. Die Versammlung im Waisenhof war von ungefähr 300 Personen besucht. Der Referent, unser Kandidat Gustav Ehlers, beleuchtete zuerst die Zerrissenheit der bürgerlichen Gruppen, kritisierte ihre Grundlosigkeit und Interessenlosigkeit. Demgegenüber stellte er unsere Partei, die ein festes durchgearbeitetes Programm den Wählern bietet, vor. Erörterte dann Entwicklung und Wirkung des Klassenwahlrechts, ging dann über zu einer Darlegung der Steuererhebung, die die Reichen schone, die Schwachen schmerzhaft belastet. Das Volksschulwesen solle rückwärts reformiert werden und werde von den Bürgerlichen zugunsten der höheren Schulen vernachlässigt. Es folgte dann eine Aufzählung der sozialen Reformen, die wir besonders im Interesse der Arbeiter aufstellen. Auch das öffentliche Gesundheitswesen wurde von uns besonders gefördert, wie unser Eintreten unter anderem für Vermehrung der Badegelegenheiten beweise. Mit der Aufforderung Mann für Mann am Wahltag die Stimme für unsere Partei abzugeben und die Wahl zu einem flammenden Protest zu gestalten, schloß der Referent seine wirkungsvolle Rede. In der Diskussion betonte Gen. Schlomer, daß unsere Fraktion trotz ihrer Kleinheit schon manche wertvolle Ergründung für die Arbeiter erkämpft habe, er kennzeichnete die Charakter- und Rückgratlosigkeit der bürgerlichen Vertreter in der Bürgerschaft und brachte einige Mißstände aus St. Lorenz zur Sprache. Die bisherigen Vertreter des Mittelstandes und der Beamten seien wohl für ihre eigenen engeren Kreise eingetreten, hätten aber die großen Interessen der Bevölkerung (Wahlrecht, Teuerung, Umfahsteuer usw.) und damit die Interessen ihrer eigenen Wähler vernachlässigt. Auch für die kleinen Handwerker, Händler und Unterbeamten sei die Sozialdemokratie die beste Vertretung. So müsse jeder für unsere Partei arbeiten, daß unsere Kandidaten in der zweiten Klasse einstimmig gewählt werden, in der ersten aber so viel Stimmen erhalten, daß auch von ihnen einige bei der Zerrissenheit der bürgerlichen Stimmen ein Mandat erlangten.

In sehr gut besuchter Versammlung im Lokale „Wakenitz-Bellevue“ referierte Genosse Th. Schwarz. Derselbe beschäftigte sich zunächst mit dem Ausfall der Travenmünder Wahl und wies darauf hin, daß die Gegner gar keine Ursache zum Jubilieren haben. Unsere Stimmenzahl habe sich mehr als verdreifacht. Auch dieser Wahlkreis werde der Sozialdemokratie in den Schoß fallen. Sodann beschäftigte sich Redner in eingehender Weise mit kommunalpolitischen Angelegenheiten, mit dem Streit der Claqueur untereinander und mit den von Klein gegen ihn (Schwarz) erhobenen Angriffen. Seine Mahnung, am Wahltag auf dem Posten zu sein, fand lebhaften Beifall. — In der Debatte rechneten die Genossen Stelling, Bromme und Schmidt mit dem Wismarschandkandidaten Klein ab und kennzeichneten in scharfen Worten dessen scholle Kampfesweise. Nach einem kräftigen Schlußwort des Referenten schloß Genosse Wittsof die Versammlung mit der Aufforderung, daß jeder am Wahltag seine Pflicht und Schuldigkeit tun möge.

Im „Roten Löwen“ hatte sich trotz des schlechten Wetters und der in jener Gegend herrschenden nächtlichen Finsternis eine verhältnismäßig stattliche Anzahl von Versammlungsteilnehmern eingefunden, um das Referat des Genossen Hoff über die bevorstehenden Bürgerschaftswahlen entgegenzunehmen. Der Referent lieferte den überzeugenden Nachweis, daß die Bürgerschaftsmehrheit in allen die Arbeiterchaft besonders angehenden Fragen reaktionär und

volksfeindlich bis auf die Knochen ist. Er ließ eine Reihe der verschiedensten Beschlässe, welche die Bürgerchaft in den letzten Jahren gefaßt hat, Revue passieren und kam zu dem Schluß, daß es Pflicht aller Wähler ist, die mit den Claqueurs und den Vertretern persönlicher Interessen aufzukommen wollen, am Wahltage den sozialdemokratischen Kandidaten die Stimme zu geben. Es gelte aber auch vor allem, Aufklärungsarbeit zu verrichten, damit die Reichstagswahlen den Volksfeinden die verdiente Quittung für ihr schloßes Verhalten bringen. (Rechtlicher Beifall.) In der Diskussion sprach Genosse W. Löwig im Sinne des Referenten und kennzeichnete scharf die Wahlmanipulationen, wie sie gegenwärtig von den feindlichen Brüdern betrieben werden. Genosse Weite dorff als Vorsitzender der Versammlung forderte zum Schluß die Anwesenden zu reger Arbeit für die sozialdemokratische Partei auf.

Zweibeinige Tiere in Uniform. Kurz vor der letzten Reichstagswahl in Lübeck ließen die hiesigen, vereinigten bürgerlichen Parteien ein Flugblatt zugunsten der Kandidatur Klein verbreiten, in welchem die Behauptung aufgestellt wurde, unser Genosse Liebknecht habe 1872 die im Kriege gegen Frankreich siegreichen Truppen als „zweibeinige Tiere in Uniform“ beschimpft. Daran war die Bemerkung geknüpft: „Arbeiter, genau so denken die Sozialdemokraten auch über die deutschen Soldaten in Südwestafrika. Arbeiter! Sind Eure Söhne und Brüder, die dort kämpfen, wirklich zweibeinige Tiere?“ Natürlich war diese reichverwandlerische Behauptung, sowohl bezüglich der Äußerung des Genossen Liebknecht als auch der Gedanken der Sozialdemokratie über die Soldaten in Südwestafrika eine ganz hunds-gemeine Lüge und plumpe Fälschung. Gerade die Sozialdemokratie ist es zu allen Zeiten gewesen, welche für eine Verteidigung der Rechte und eine anständige Behandlung der Soldaten eingetreten ist. Nunmehr, nachdem bereits vor Jahren die Lüge von den „zweibeinigen Tieren in Uniform“ als Lüge erwiesen worden ist, wagt es das amtliche Organ unserer Behörden trotzdem daran festzuhalten. Es zitiert folgende Äußerung des „Volksstaates“ vom 13. August 1873:

„Zivil und Militär: Daß der Mensch, der keine Uniform trägt, im Militärstaat nur für einen halben Menschen gilt — wir wollen sagen, daß das zweibeinige Tier, welches keine Uniform trägt, nur halb so viel gilt, wie das Uniform tragende zweibeinige Tier (denn Menschen kennt der Militärstaat nicht), wird uns jetzt gelegentlich der Cholera wieder recht deutlich vordemonstriert. In Braundenz...“

Dazu bemerkt das Amtsblatt: Nach diesem Wortlaut steht also unumstößlich fest, daß im Liebknecht'schen „Volksstaat“ die Soldaten zweibeinige Tiere in Uniform genannt wurden, zwar nicht gerade die Soldaten von 1870/71, die aus Frankreich heimkehrenden Sieger, sondern in viel weiterem Sinne die Soldaten überhaupt. Die heuchlerische Entrüstung der Sozialdemokratie über eine angebliche Fälschung der Liebknecht'schen Äußerung ist also sehr schlecht angebracht, denn nach diesen Darlegungen kann es sich schlimmstenfalls nur um eine im guten Glauben übernommene, ungenaue Zitation einer Notiz handeln, deren wörtlicher Wortlaut aber nur ganz unwesentlich von dem durch die Presse gegangenen abweicht und keinesfalls eine Entstellung dem Sinne nach bedeutet.

Wie das Amtsblatt seine Inserenten beschuldigt, wenn es um Angabe der Höhe seiner Auflage ersucht wird, so belügt das Blatt seine Leser, wenn es ihnen vorredet, Liebknecht habe die Soldaten als „zweibeinige Tiere in Uniform“ beschimpft. Wer kein völliger Idiot oder ein gewerbsmäßiger Verleumdung ist, der kann auch aus dem vom Amtsblatt selbst abgedruckten Fragment der Ausführungen des „Volksstaates“ nur herauslesen, daß der Militärstaat keine Menschen, sondern nur zweibeinige Tiere kennt. Es ist nun überaus bezeichnend für den schmutzigen Charakter derer, die den Schwindel von den „zweibeinigen Tieren“ weiterverbreiten, daß sie das „Volksstaat“-Zitat gerade dort abbrechen, wo es weiter heißt:

„In Braundenz brach unter den dort versammelten Abungstruppen die Cholera aus — sofort schickte man die Soldaten nach Haus, was für die Soldaten ganz nützlich war, aber die Wirkung haben wird, die Seuche unter den bürgerlichen Genossen zu verbreiten. In Berlin, wo unter einem Garderegiment die Cholera ausgebrochen ist, beabsichtigt man, die Soldaten aus der Kaserne zu entfernen und auf die umliegenden Dörfer einzuzugieren — ein unschlares Mittel, den umliegenden Dörfern die Cholera zu geben. Auf genau dieselbe Weise wurde 1866 Leipzig mit der furchtbaren Cholera versehen, die über 2000 Menschen hinwegraffte. Nicht als ob wir für die Soldaten kein Herz hätten — aber wir dächten für das enorme Geld, welches die Armee etc. könnte man auch den Soldaten gesunde Kasernen errichten.“

Also keine Verleumdung der Soldaten oder gar der Kriegsteilnehmer, sondern das Bestreben, bessere Einrichtungen für die Soldaten zu schaffen, enthält der Artikel des „Volksstaates“. Und da wagt das Amtsblatt, seine freche Verleumdung aufrecht zu erhalten. Wohl noch niemals sind Niedertracht und Dummheit mit einander inniger verbunden gewesen, als das in dem von uns charakterisierten heutigen Artikel des Amtsblattes über die „zweibeinigen Tiere in Uniform“ der Fall ist. Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn auch anständige Leute aus dem Bürgertum sich angeekelt fühlen und sich von dem Kandidaten abwenden, für den derartige Beschimpfungen des Gegners als Kesseltrommel dienen sollen.

Wahltag. Heute finden in der Stadt Lübeck und deren Vorstädte die Wahlen zur Bürgerchaft statt. Nicht weniger als 26 Vertreter sind zu wählen, und zwar 4 in der zweiten und 22 in der ersten Abteilung. Die Wahlbeteiligung ist überall eine recht lebhaft. So hatten beispielsweise im „Friedrichshof“ bis mittags in der 1. Klasse 141 Bürger ihr Wahlrecht ausgeübt; in der 2. Klasse ist die Wahlbeteiligung so stark, daß darüber von uns keine Ziffern angegeben werden können. In der „Flora“ hatten bis mittags 12¼ Uhr 128 Wähler in der ersten und 435 in der zweiten Klasse abgestimmt. Im „Turnerheim“ zählte man bis 11¼ Uhr 105 Wähler der ersten und reichlich 200 der zweiten Wählerklasse. Im Konzerthaus Fünfhäuser hatten mittags gegen 1 Uhr 232 Wähler der zweiten Klasse (von 520) und 113 der ersten Klasse (von 211) von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Außerlich macht sich die Wahl durch den Arbeiterstrom geltend, der sich mittags nach den Wahllokalen ergoß, sowie durch Plakate, die von den Claqueurs an den verschiedensten Häusern angeklebt waren.

Handelsregister. Am 15. November 1911 ist eingetragen: 1. Die Firma Löwelin-Werke Otto Löwe, Lübeck. Inhaber O. F. Löwe, Kaufmann in Lübeck; 2. bei der Firma J. C. C. Mertelmeier in Lübeck; jetzige

Inhaberin: G. S. M. Seute geb. Schwan, Ehefrau des Kaufmanns Seute in Hamburg. Der Übergang der in dem Betriebe des Geschäftes begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten auf die Ehefrau Seute ist ausgeschlossen. Der Sitz der Firma ist nach Hamburg verlegt. Am 18. November 1911 ist eingetragen die Firma: Deutscher-Scandinavische Kommandit-Ges. Aug. W. Böck u. Co. Lübeck. Persönlich haftender Gesellschafter ist der Kaufmann B. J. M. Böck in Lübeck. Kommanditgesellschaft. Die Gesellschaft hat am 16. November 1911 begonnen. Es ist ein Kommanditist vorhanden.

Vortragswesen der Oberschulbehörde. Nachdem die Vortragsreihe des Herrn Professor Dr. Harms über die neue volks- und weltwirtschaftliche Entwicklung Deutschlands am Donnerstag ihren Abschluß gefunden hat, wird schon zu Beginn der kommenden Woche von der Oberschulbehörde ein neuer Kursus eröffnet werden. Herr Seminarlehrer Dr. Möuß wird in vier Vorträgen das Problem der Weltsprache allseitig behandeln: die Notwendigkeit, die Voraussetzungen und die wissenschaftlichen Grundlagen einer internationalen Hilfssprache beleuchten, sodann auf die vielen bereits in dieser Richtung unternommenen Versuche (von Leibniz bis auf die neueste Zeit) eingehen und schließlich über den gegenwärtigen Stand der Frage orientieren. Durch den Esperantokongreß, der Pfingsten dieses Jahres in Lübeck stattfand, sind weitere Kreise unserer Stadt auf diese neueste Kulturbewegung aufmerksam geworden. Sie werden gewiß gern die Gelegenheit ergreifen, sich über das genannte Problem eingehender zu informieren, das in den nächsten Jahren immer häufiger und intensiver die Öffentlichkeit beschäftigen wird und zu dem jeder Gebildete Stellung nehmen muß. Die Zuhörer werden in ihren Erwartungen nicht enttäuscht werden, da der Vortragende, der schon seit 25 Jahren sich mit dieser Frage beschäftigt und gegenwärtig mit an der Spitze der deutschen Esperantobewegung — er ist zweiter Vorsitzender des großen Deutschen Esperanto-Bundes — steht, eine Autorität auf dem Gebiete ist. Die Vorträge, die durch zahlreiche Demonstrationen, voraussichtlich auch Lichtbilder erläutert werden, finden jeden Montag 8¼ Uhr in der Aula des Johanneums statt. Karten zum Preise von 1 Mk. für alle vier Abende sind im Bureau der Oberschulbehörde, in den Geschäften von Raibel, Lühnow, Lübeck u. Mößing, R. Lübeck, in den Bureaus der Orchesterkasse und öffentlichen Leihhalle, in der Nebenstelle der Spar- und Leihkasse (Fackenburg-Allee) und im Arbeitersekretariat zu erhalten.

Vertraute Ausdrucksweise. Der Straßenbahnführer D. war in diesem Sommer als Unteroffizier zu einer Übung beim Infanterie-Regiment 162 in Lübeck eingezogen. Als er am 14. August spät abends von einem Ausflug zurückkehrte und keine Fahrgelegenheit finden konnte, sprang er auf das Trittbrett einer vorüberfahrenden Breml und versuchte, in das Innere zu dringen, um mitzufahren. Da die Ansfänger das nicht dulden wollten, kam es zu Handgreiflichkeiten, in deren Verlauf D. sein Seitengewehr zog und auf die Insassen des Wagens schlug. Die Waffe fiel ihm aus der Hand und verletzte ein junges Mädchen im Gesicht. Das Lübecker Kriegsgericht verurteilte ihn wegen der Ausschreitungen zu zehn Tagen Gefängnis. Gegen das Urteil legten der Angeklagte wie auch der Gerichtsherr Berufung ein. Das Oberkriegsgericht in Hamburg gab der Berufung des Gerichtsherrn statt und erhöhte die Strafe auf drei Wochen Gefängnis.

Schiffbrände. Der zur hiesigen Reederei „Horn“ gehörige Dampfer „Hersilia“ ist gestern bei schwerem Wetter beim Einlaufen von Oporto auf der Barre gestrandet und befindet sich in gefährlicher Lage. Bergungsdampfer sind nach der Strandungsstelle unterwegs und man hofft, den Dampfer wieder abzubringen, falls die zurzeit herrschende günstige Witterung anhält. Die Mannschaft ist vorläufig gelandet.

pb. Eigentumsvergehen. Am Freitag, dem 10. ds. M. ist von einem von der Sandstraße nach dem Güterbahnhof fahrenden Wagen ein Preßennagel gez. A. D. Lenschow Lübeck Nr. 5 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Am Sonntag geht die reizende Komödie „Der Gardeoffizier“ von Franz Molnar in derselben Besetzung wie im Neuen Stadttheater in Szene.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen Sonnabend gelangt bei kleinen Preisen Schillers Tragödie „Die Braut von Messina“ zur nochmaligen Aufführung. — Am Sonntag, abends 7¼ Uhr, kommt der erfolgreiche Operetten-Schlag „Das Musikantenmädchen“ von Georg Jarro zur Wiederholung. Die Rolle der Montebelli singt Fr. Jansen. — Für Montag befindet sich die Novität „Gawan“, ein Mysterium von Stücken in Vorbereitung.

Hamburg. Wieder ist einer von den Alten dahingegangen, der schon in den Kinderjahren der deutschen Sozialdemokratie ein eifriger Mitkämpfer gewesen ist. Am Mittwoch abend gegen 6 Uhr ist unser alter bewährter Freund und Genosse Matthias Ockelmann, im 67. Lebensjahre stehend, gestorben. Schon seit Monaten hinderte ihn Krankheit, der gewohnten liebgeordneten Arbeit im Arbeitersekretariat für Hamburg-Altona nachzugehen. Jetzt hat die Krankheit seine letzten Kräfte erschöpft und der Tod hat ihn ereilt. Matthias Ockelmann war schon in sehr jungen Jahren ein überzeugter Anhänger der Sozialdemokratie. Er hatte nach vollendeter Schulzeit das Drechselhandwerk erlernt, fand aber mit seinem regen Geist darin keine Befriedigung und fesselte sich, als er schon die ersten Jünglingsjahre hinter sich hatte. Er wurde Lehrer. Als dann 1897 die Hamburger Kirchenschulen eingingen, weigerte die Oberschulbehörde sich, Ockelmann mit in den Volksschuldienst zu übernehmen, wie es mit den meisten anderen Lehrern der Kirchenschulen geschehen ist. Ob das wegen seiner politischen Gesinnung geschehen, ist schwer festzustellen. Der Verstorbene trat dann im Sommer 1897 als Korrektor beim „Hamb. Echo“ ein, welche Stellung er versah, bis er im August 1900 vom Gewerkschaftsrat zum Arbeitersekretär erwählt wurde. Mit der Loslösung von der Schule und ihren Verpflichtungen und der damit wiedererlangten größeren Bewegungsfreiheit begann für unseren verstorbenen Freund auch wieder eine neue Periode agitatorischer Tätigkeit, bei der er besonders den ihm lieb gewordenen Schulfragen seine Aufmerksamkeit widmete und sich bemühte, besseres Verständnis für diese in weitere Genossenschaft zu tragen. Im Jahre 1907 wurde Ockelmann in die Bürgerchaft gewählt. Alle, die ihm im Leben nähergetreten sind, die seine Herzensgüte schätzen lernten, wie überhaupt alle, die mit ihm in Berührung kamen, werden ihm ein treues Andenken bewahren. Er hat es verdient.

Hamburg. Die Nachrichten über Schiffsunfälle auf See mehren sich noch immer. Von den in den letzten Tagen binnen gekommenen Loggern haben außerdem gemeldet noch weitere fünf der Emdener Peringsfischeren Verluste der Besatzung durch Sturzseen zu beklagen, so daß die Verlustliste bereits neun Mann enthält, die ein frühzeitiges Seemannsgrab gefunden haben. Mehr oder weniger erheblichen Materialschaden haben fast alle Logger erlitten. Besonders groß ist der Verlust an

Netzen gewesen, die für jeden ausgehenden Logger einen Wert bis zu 8000 Mk. darstellen. Die Fangergebnisse dieser Reise sind durchweg nur gering geblieben; infolge der gesamten Netzverluste sind Logger sogar ohne jeglichen Fang zurückgekehrt. Es sind etwa vier Logger binnen gekommen und in Winterlager gegangen; über das Schicksal der übrigen noch fehlenden 60 Fahrzeuge ist man in banger Sorge. Da die Heimkehr aller Logger unter normalen Verhältnissen erst im Dezember zu erwarten ist, läßt sich ein abschließendes Bild über die entstandenen Verheerungen unter der Emdener Fischereiflotte noch nicht machen. Von den inzwischen heimgekommenen Schiffen wird die Wirkung des Sturmes als geradezu fürchterlich dargestellt. Selbst die ältesten Seefahrer wollen ein solches Unwetter, wie am 5. November, früher noch nicht erlebt haben. — Noch ein Opfer des Sturmes. Von dem deutschen Schoner „Ely“, der sich auf der Fahrt von England nach Cuxhaven befand und überfällig ist, wurden Schiffsstücke auf der Nordsee aufgefunden. Daraus wird geschlossen, daß der Schoner mit seiner ganzen Besatzung untergegangen ist.

Hamburg. Straßenbahn-Unfall in Hamburg. Ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Zuge der Feuerwehr und einem Straßenbahnwagen ereignete sich hier. Der Leiterwagen des Zuges fuhr in der abschüssigen Bergstraße gegen einen Anhängewagen, der die durchkreuzende Hermannstraße durchfuhr. Hierbei lief der Leiterwagen gegen den Hinterrad des Anhängewagens der Straßenbahn. Der Hinterrad wurde vollständig zertrümmert. Der Anprall war so heftig, daß der auf dem Hinterrad stehende Schaffner im großen Bogen gegen einen Pfeiler der Straßenlaterne geschleudert wurde, wo er mit zerschmettertem Schädel liegen blieb.

Altona. Der erste Stadterordneten-Wahltag hat mit einem Erfolg der Bürgerlichen geendet. Von einem Sieg kann man nicht reden, denn die Jesuentsetzung gibt ihnen einen ungeheuren Vorsprung, der von uns erst wettgemacht werden mußte. Aber die Jesuentsetzung zerbröckelt. Das Bedeutsame dieser Wahl ist, daß die Bürgerlichen auf ihrem Standpunkt vom vorigen Jahre stehen geblieben sind, die Sozialdemokraten aber einen Zuwachs von 800 Stimmen buchen können. Im vorigen Jahre bekamen wir am ersten Tage 408, die Gegner 5326 Stimmen. Diesmal entfielen auf den Genossen Bischof 5209 und Kirch 5160 Stimmen, während die Gegner es auf 5934 und 5942 Stimmen brachten.

Kiel. Eine Beside in Menschengestalt, der Privatlehrer Jehn wurde nach zweitägiger Verhandlung vor der Strafkammer wegen Sittenverbrechens an seinen Schülerin in drei Fällen, Verführung Minderjähriger und fälschlicher Beleidigung in zwei Fällen zu fünf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt. — Um die Gewährung einer Feuerungszulage herbeizuführen, hatte der Arbeiterausschuß der Reichswerft zu Kiel zum Mittwoch abend, gleich nach Feierabend, eine allgemeine Versammlung für sämtliche Arbeiter der Reichswerft nach dem „Kaiseraal“ einberufen. Am Mittag des gestrigen Tages nun wurde der Ausschuss zu dem Oberwerftdirektor, Konteradmiral Gentel, beufen. Dort eröffnete der Oberwerftdirektor dem Ausschuss, daß er Kenntnis davon erhalten habe, daß abends eine Versammlung wegen einer Feuerungszulage stattfinden solle. Gegen das Abhalten der Versammlung habe er nichts einzuwenden, nur bitte er, daß eine entsprechend abgefaßte Resolution an die Oberwerftdirektion eingereicht werde. Er werde sie übermitteln und auch befürworten. Im Reichsmarineamt schwebten bezüglich dieser Frage Erhebungen. Wie und in welcher Form die Feuerungszulage gewährt werden solle, darüber könne er allerdings keine weiteren Mitteilungen machen. Die am Abend abgehaltene Versammlung beauftragte den Ausschuss, eine entsprechende Eingabe auszuarbeiten und sie der Oberwerftdirektion zu übermitteln. Die Festsetzung der Höhe der eventuellen Feuerungszulage wurde dem Ermessen des Reichsmarineamts anheimgegeben. An der überaus stark besuchten Versammlung nahm Gewerberat Braun teil.

Kendtsburg. Ein skandalöser Vorfall. Statt des verdienten Lohnes blaue Bohnen. Wie immer konnten die Arbeiter bei der Firma Sander u. Küster am Kanal-Erweiterungsbau das am Dienstag schon fällig gewesene Geld nicht erlangen. Sie warteten auch Mittwoch vergebens vor dem Kontor darauf. In dem begreiflichen Unwillen, der die Leute beherrschte, hat nun jemand eine Scheibe im Kontor eingeworfen. Darauf erklärten den draußen stehenden Leuten der Buchhalter, Boldt soll der Mann heißen, daß das Geld ausgezahlt würde, wenn die Leute denjenigen nennen würden, der die Scheibe eingeworfen hat. Als der Buchhalter dann noch weiter räsonierte, rief ihm ein Arbeiter zu, daß er nur stillschweigen solle. Der Betreffende ging dann auf das Kontor zu; als er an die Tür kam, krachte ein Schuß und der Mann fiel getroffen zu Boden, worauf noch ein zweiter Schuß abgegeben wurde. Der Mann hat einen Schuß in den Hals erhalten. Er wurde im Motorboot nach Kendtsburg gebracht, soll jedoch schon beim Transport verstorben sein. Der Revolverheld konnte sich ungehindert nach Hause begeben. So etwas passiert an einem Unternehmen, dessen Bauherr das Reich ist.

Kendtsburg. Mord? Der Polizeihund Nize aus Neumünster wurde Mittwoch nach Legan angefordert, wo seit Dienstag das Mädchen Beckmann spurlos verschwunden war. Der Hund nahm Witterung und verfolgte die Spur nach dem Dorfteil, wo er die Leiche des Mädchens entdeckte. Unter dem dringenden Verdacht, das Mädchen gewaltsam aus der Welt geschafft zu haben, wurde ein junger Mann namens Rohwer verhaftet. Er unterhielt mit dem Mädchen ein Liebesverhältnis, das nicht ohne Folgen blieb. Rohwer gab zu, daß er sich mit dem Mädchen am Teich getroffen hat, behauptet aber, daß es freiwillig in den Tod gegangen ist.

Geckemünde. Bluttat eines betrogenen Eheannes. Eine schwere Bluttat trug sich Mittwoch im Flur des hiesigen Amtsgerichts zu. Ein Gewerbetreibender, dessen Frau während seiner längeren Inhaftierung Mutter geworden war, hatte einen Arbeiter auf Zahlung von Alimementen verklagt. Als letzterer sich heute in dieser Angelegenheit zum Termin begab, trat ihm im Flur der Ehegatten entgegen und verfolgte ihn mit einem langen Küchmesser, das er unter dem Rock verborgen hielt, rasch hintereinander sieben Stiche, von denen einer die Halsschlagader und einer das Handgelenk stark verletzte. Blutüberflutet brach der Schwerverletzte zusammen. Der Täter flüchtete, konnte jedoch bald nach seiner Tat festgenommen werden. Der Überfallene ist tödlich verletzt.

Wittorf. Ein Großfeuer legte gestern morgen das Gewebe des Hofbesizers Harber in Dammstich in Asche. Fünf Kühe und Mobiliar sind verbrannt. Die Kinder wurden nach dem Freie gebracht.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: J. H. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

HOLSTENHAUS

G. m. b. H.

LÜBECK

Holstenstr.

Jeder Einkauf führt zu grossen Ersparnissen!

Trotz der enorm billigen Preise verabfolgen wir, mit wenigen Ausnahmen, auch beim Einkauf von Serien-Artikeln

RABATT-MARKEN.



Uebersaus preiswerte

Weihnachts-Serien

- Engl. Blusenflanelle imit. in großer Auswahl m 48⁴
- 1 Paar Baby-Stiefel oder -Schuhe in reizender Ausführung 48⁴
- 2 Herren-Stehkragen alle Weiten 48⁴
- 1 Garnitur, Vorhemd und Manschetten 48⁴
- 1 Paar Hosenträger 48⁴
- 1 Kinder-Mütze in rotem Samt 48⁴
- 1 Jockey-Mütze für Herren 48⁴
- 1 Winter-Sportmütze für Knaben 48⁴
- 1 Jachtclub-Mütze für Knaben 48⁴
- 1 Damen-Zierschürze imit. Wiener Leinen 48⁴
- 1 Paar Damen-Strümpfe schwarz 48⁴
- 1 Paar Herren-Socken Landwolle gestrickt 48⁴
- 1 Paar Kinder-Strümpfe Wolle plattiert für das Alter von 1-8 Jahren 48⁴

- 1 Paar Damen-Trikot-Handschuhe mit 2 Druckknöpfen 48⁴
- 1 Paar Herren-Trikot-Handschuhe gefüttert, mit Druckknopf 48⁴
- 1 Paar gestrickte Kinder-Handschuhe 48⁴
- 1 Eis- oder Tablettdeckchen Madeira handgestickt 48⁴
- 3 aufgezeichnete Tablettdecken 48⁴
- 1 modernes Seiten-Jabot plissiert 48⁴
- 1 Karton mit 5 Rüschen 48⁴
- 1 Kinderkragen Pikee mit Stickerei 48⁴
- 6 m Klöppelspitzen imit., im Kupon 48⁴
- 1 Paar Strumpfhalter für Damen 48⁴
- 1 Damen-Portemonnaie 48⁴
- 1 Sealskin-Bettvorlage 48⁴
- 4 Wasserleitungsschoner Wachstuch 48⁴

- 1 Küchenlampe mit Rundbrenner und Messing-Blende 48⁴
- 1 Milchtopf Porzellan, ca. 1 Liter 48⁴
- 2 Porzellantassen mit Goldrand 48⁴
- 1 Majolika-Blumentopf 48⁴
- 1 Tafelaufsatz mit Metallfuß 48⁴
- 1 Wandteller mit Relief 48⁴
- 1 Haussegen imitiert Brandmalerei 48⁴
- 1 Briefkasten lackiert 48⁴
- 1 Besteckkasten und 1 Putzbrett 48⁴
- 1 Brotkorb vernickelt mit Majolikaeinlage 48⁴
- 12 Aussteckformen mit Griff 48⁴
- 1 Fussbank lackiert 48⁴
- 1 Küchenrahmen 60 cm, 2 Querleisten 48⁴
- 1 modernes Wandbild im Rahmen 48⁴

Rein Aluminium-Geschirre 95⁴
Schmortöpfe mit Deckel, Bratpfannen etc. etc. Stück

Fertig gestickte Kartonagen 95⁴
auf Filz u. Leinen, Kragen-, Manschetten-, Krawattenkasten Stück

7 Hyazinthen-Zwiebeln 95⁴
zusammen

- Reinwollene Kammgarn-Cheviots doppelt breit m 95⁴
- Engl. gemusterte Kostümfstoffe große Breite 95⁴
- Moderne Bordüren-Blusenstoffe m 95⁴
- 1 Russenkittel aus Halbtuch mit Bortenbesatz 95⁴
- 1 Velourkleidchen mit Soutachierung 95⁴
- 1 Maschinisten-Jacke 95⁴
- 1 Herren-Barchenthemd 95⁴
- 1 Knaben-Leibchenhose aus blauem Cheviot, Größe 1-6 95⁴
- 1 Paar Ledertuch-Pantoffel mit Ledersohle 95⁴
- 1 Paar Kamelhaar-Schuhe imit. für Damen und Herren 95⁴
- 1 Spiralfeder-Korsett, grau Drell mit Spitzen und Banddurchzug 95⁴
- 1 Nachthacke aus Croisé mit Stickerei 95⁴
- 1 Jachtclub-Mütze für Herren 95⁴
- 1 Wintersport-Mütze für Herren 95⁴
- 1 Kinder-Südwestler aus Stoff oder Wachstuch 95⁴

- 1 Normal-Hose für Herren 95⁴
- 1 Normal-Jacke für Damen 95⁴
- 1 Damen-Zephirhemd 95⁴
- 1 weisser Blusenschoner mit Aermeln 95⁴
- 1 Knaben-Sweater 95⁴
- 1 Kinder-Leibchenhose 95⁴
- 1 Tisch-Serviette mit farbigem Blumen-Dekor im Darmstädter Stil 95⁴
- 1 Paar Kaschmir-Damenstrümpfe engl. lang 95⁴
- 3 Paar Herrensocken Wolle plattiert 95⁴
- 1 Paar reinwollene Herrensocken 95⁴
- 1 Damen-Blusenschürze 95⁴
- 1 Damen-Zierschürze mit breiten Stickereiträgern 95⁴
- 1 Wirtschaftsschürze extra weit 95⁴
- 1 echt silberne Brosche „Spinne“ 95⁴
- 1 mod. Kollier mit Steinen 95⁴

- 1 Spülbürstenblech mit 5 Bürsten 95⁴
- 1 Küchenservice Nudelrolle, Kartoffelstampfer, Schinkenbrett und Fleischklopfer 95⁴
- 1 Etagere Hartholz, mit 6 Tönnchen 95⁴
- 1 Ofenschirm lackiert, mit Blumendekoration 95⁴
- 1 Salon-Kohlenkasten mit Dekoration 95⁴
- 1 Obstservice 7teilig 95⁴
- 1 Frühstücksservice mit Tablett, 7teilig 95⁴
- 1 Likörservice mit 6 Gläsern 95⁴
- 1 Rahmservice 95⁴
- 1 Satz Milchtöpfe 6 Stück 95⁴
- 12 Speiseteller tief oder flach 95⁴
- 1 präparierte Palme im Kübel 95⁴
- 1 Marktflasche extra stark 95⁴
- 1 Reisehandflasche Leder imit. 95⁴
- 1 Platte für Grammophone 2seitig 95⁴

Handarbeiten vorgezeichnet, Kaffeewärmer, Besendecken, Paradehandtücher, Hohlbaum-Küchens, Kissen etc. in neuen Dessins 95⁴

1 Karton mit weißer Garnitur, Spiegel, Frisierkamm, Staubkamm und Seifenbehälter zusammen 95⁴

Regenschirme mit starkem Naturstock für Damen und Herren 195⁴

- 1 Unterrock aus Halbtuch mit plissiert schottischer Volant 195⁴
- 1 Kostümrock aus engl. gemustertem Stoff 195⁴
- 1 Buckskin-Herren-Hose 295⁴
- 1 Paar weisse Spangenschuhe für Damen 295⁴
- 1 Paar Leder-Hausschuhe für Damen, schwarz, rot oder braun 295⁴

- 1 Kimonobluse aus Satinflanell 295⁴
- 1 Pelzkollier mit 4 Schweifen, Kanin 295⁴
- 1 Knaben-Anzug aus Buckskin 295⁴
- 1 Herren-Oberhemd aus farbigem Perkal 295⁴
- 10 m Hemdentuch im Kupon 295⁴
- 1 chinesisches Ziegenfell 295⁴
- 1 wollene Schlafdecke 295⁴

- 1 Popelinebluse mit reicher Kurbelstick 395⁴
- 1 elegante grosse Samt-Hutform 395⁴
- 1 elegantes langhüftiges Korsett aus Ia. Satindrell mit Strumpfhaltern 395⁴
- 1 Knaben-Pyjack mit Abzeichen, warm gefüttert 395⁴
- 1 Paar Rindbox-Kinderstiefel Größe 27-30 395⁴

Freitag In der Lebensmittelabteilung Sonnabend

- Pfeffernüsse, braun Pfd. 40⁴
- Pfeffernüsse, weiß Pfd. 48⁴
- Korinthenbröt . . . Stück 23⁴
- Klößen Stück 23⁴
- Haselnüsse Pfd. 44⁴
- Kokosnüsse Stück 22⁴
- Ital.Maron.(Kastanien)Pfd. 27⁴
- Smyrna-Feigen . . . Pfd. 35⁴
- Matthola Karton 62⁴
- Trauben-RosinenKarton 75⁴
- Almer. Weintrauben Pfd. 45⁴
- 1a. Landleberwurst Pfd. 60⁴
- 1a. Preßsülze Pfd. 80⁴
- 1a. Hildesheimer . . . Pfd. 98⁴
- Gekochte Mettwurst Pfd. 98⁴
- Sardellen-Leberw. Pfd. 98⁴
- Leber-Pastete Pfd. 140
- Schweinsk.-Pastete Pfd. 140
- Trüffel-Leberwurst Pfd. 160
- Zungenwurst, imit. Pfd. 140
- Blutwurst Pfd. 60⁴
- Leberwurst Pfd. 60⁴

Neu aufgenommen:
James Keiller-Marmeladen
frische Früchte und Kristall-Zucker
nach engl. Art.

- Pflaumen . . . 1-Pfd.-Glas 60⁴
- Erdbeeren . . . 1-Pfd.-Glas 75⁴
- Aprikosen . . . 1-Pfd.-Glas 75⁴
- Gem.Früchte 1-Pfd.-Glas 65⁴
- Erdbeeren, lose . 1 Pfd. 60⁴
- Erdbeeren 5-Pfd.-Eimer 3.30

Garant. reiner Bienenhonig 98⁴
Lindenblütenhonig 108 1-Pfd.-Glas
Heideblütenhonig 1 Pfd. im Glas

- Rangsun-Reis Pfd. 18⁴
- Bruch-Reis Pfd. 15⁴
- Reismehl Pfd. 16⁴
- Weizenmehl Pfd. 16⁴
- Diamantmehl Pfd. 21⁴
- Rosinen ohne Stein Pfd. 62⁴
- Korinthen Pfd. 45⁴
- Kakao, gar. rein . . Pfd. 75⁴
- Blockschokolade Block 55⁴
- Gebrannte Gerste . Pfd. 19⁴
- Kaffeemehl Paket 15⁴
- Schmalz gar. rein . Pfd. 65⁴
- Palmitin Pfd. 65⁴
- Süßrahm-Margarine:
Holsten-Prima . Pfd. 58⁴
Holsten-Extra . Pfd. 68⁴
Holsten-Perle . Pfd. 75⁴
- Feinste Meiereibutter Pfd. 1.48
- Gr. frische Eier 10 Stück 87⁴
- Anchovis Glas 28⁴
- Appetit-Sild Dose 36⁴
- Bouillon-Würfel 20 Stück 70⁴

- Prima junges Rindfleisch . . . Pfd. 65⁴
Bratstücke Pfd. 75⁴
- Prima junges Schweinefleisch Pfd. 65⁴
Brat. u. Karb. m. Fett 75⁴
- Prima junges Hammelfleisch Pfd. 65⁴
Rücken u. Keulen Pfd. 75⁴
- Frisches Rind- u. Schweinehack 80⁴
Pfd.
- Frische Bratwurst 80⁴
Pfund

Terrorismuswindel.

Aber „Gewalttätigkeiten und Roheiten“ der Sozialdemokratie, begangen bei der Stadtverordnetenwahl in Unna, bringt die Reichsverbandspresse wieder einmal eine Schauermär. Die Nachricht entstammt der „Wahlzeitung der Kölner Zentrumsparlei“ und wird aus diesem Blatt von der „Kreuzzeitung“ und ähnlichen vornehmen Blättern mit schmeichelndem Behagen abgedruckt. In der Notiz wird erzählt, daß an den beiden Wahltagen, besonders am zweiten, das Wahllokal von den Sozialdemokraten dicht umlagert gewesen sei. Schnapsflaschen machten unaufhörlich die Runde. Am Nachmittag kam es schon vielfach zu Angriffen auf die Vertreter des bürgerlichen Kartells. Die bürgerlichen Stimmzettler verteilten wurden mißhandelt, sodaß sie flüchten mußten. Aus einer sozialdemokratischen Gruppe wurde abends auf einen christlichen Gewerkschaftssekretär aus Köln geschossen. Die Kugel schlug dicht neben dem Sekretär in die Haustür des Restaurants, in welchem das bürgerliche Kartell sein Wahlbureau hatte. Die Polizei konnte den Täter bisher nicht feststellen. Als abends gegen 10 Uhr der Wahlsieg des bürgerlichen Kartells bekannt wurde, stürmte eine Horde sozialdemokratischer Fanatiker das Wahllokal des bürgerlichen Kartells. Mit Schenkeln, Gummischläuchen und Stecken hieben sie auf alles ein, was sich im Lokal befand. Mit Biergläsern wurde geworfen und geschlagen. Ein stärkeres Schutzmännchen machte dem ungleichen Kampf ein Ende. Während der Nacht wurde eine Schutzmännchenpatrouille aufgegriffen und mit einem eisernen Instrument geschlagen. Die Ergabenen sind bekannt und werden sich die Berichte noch mit ihnen zu befassen haben.

Auf dieses Produkt verlogener Phantasie antwortet die „Arbeiterzeitung“ in Dortmund, die sich bemüht hat, allen Behauptungen nachzugehen und peinlichst genau festzustellen, was daran ist, mit folgenden Feststellungen:

„Es ist unklar, daß die Sozialdemokratie den Eingang zum Wahllokal unklar gemacht haben sollte. Wäre es so gewesen, wie das Kölner Zentrumsblatt behauptet, so würde der Bürgermeister von Unna, der sich im Wahllokal aufhielt, unzweifelhaft eingegriffen haben. Es ist ferner unklar, daß die Schnapsflaschen bei den Sozialdemokraten unaufhörlich die Runde machten. Dagegen ist Tatsache, daß der bürgerliche Stimmzettler Gräwe berant betrunken war, daß er sich nicht wehrte auf den Beinen halten konnte und infolge seiner Betrunkenheit abgelöst werden mußte. Weiter wird in dem Artikel behauptet, daß auf den christlichen Gewerkschaftssekretär geschossen worden sei und die Kugel in die Tür eingeschlagen wäre. Nun ist in einer Glascheibe der Tür an der Wirtschaft Schürmann, wo das bürgerliche Kartell sein Wahlbureau hatte, wirklich ein kleines rundes Loch zu sehen. aber der Besitzer des Lokals teilte auf Befragen mit, daß er selbst nicht wüßte, wann und wie es hineingekommen wäre. Wenn an dem fraglichen Abend wirklich ein Schuß gefallen wäre, so hätten es doch wirklich mehr Leute wahrnehmen müssen, als nur der zentralistische Artikelsschreiber. Dann wird noch behauptet, daß bei Bekanntgabe des Wahlergebnisses eine Horde Sozialdemokraten das bürgerliche Wahllokal bestürmt hätten. Auch dieses ist unklar. Da unsere Genossen durch Listen die Kontrolle der Wahl ausgeübt hatten, wußten sie doch schon bei Schluß des Wahlaktes, daß sie unterlegen waren, sie brauchten folglich nicht erst die Bekanntgabe abzuwarten. Daß junge noch nicht wahlberechtigte Durschen bei der Verkündung des Wahlergebnisses Pörsche ausstießen, dafür können die Sozialdemokraten nicht. Die Schlägerei im bürgerlichen Wahllokal bestand darin, daß ein bekannter Zentrumsgründer die Grundzüge der christlichen Liebe mit einem Schenkel einbläute. Die Namen sind festgestellt. Während der Nacht soll dann noch eine Schutzmännchenpatrouille angegriffen worden sein. Die Sache verhält sich so: Am 4. November war auf Zeche „Königsborn“ Lohnstag, infolgedessen hatten einige Anwohner der Grabenstraße wohl über den Durst getrunken und waren in Streit geraten, zu dessen Schlichtung Schutzleute herbeigeholt wurden. Das Vorkommnis hat nicht das geringste mit der Wahl zu tun.“

Wo sind nun die Gewalttätigkeiten und Roheiten der Sozialdemokratie? Es ist doch traurig um Parteien bestellt, die den Gegnern nur noch mit größtem Schwindel entgegenzutreten vermögen.

Die Dortmundener „Arbeiterzeitung“ konnte überdies feststellen, daß, wenn von „Gewalttätigkeiten“ zu reden ist, diese auf der andern Seite zu suchen sind:

„Der Meister einer Fabrik, der sozialdemokratisch wählte und einige anwesende Patrioten verulkte, die singend schon im Vorgefühl des künftigen Sieges schwelgten, wurde von den in ihren heiligsten Gefühlen gekränkten Patrioten aus dem Wahllokal geworfen und derart tätlich angegriffen, daß er sich von Schutzleuten nach Hause begleiten lassen mußte.“

Trotz aller dieser Feststellungen wird der „Unnaer Terrorismus“-Fall sicher weiter in der bürgerlichen Presse kolportiert und bei der Wahlagitiation den Wählern vorgelegt werden.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 16. November 1911.

207. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück, v. Breitenbach.

Die zweite Beratung des Gesetzes über die Erhebung von Schiffsabgaben

wird fortgesetzt.

Dr. Heinze (M.) erklärt sich namens eines Teiles seiner Freunde gegen das Gesetz, das einen agrarischen Charakter trage. Der Ausbau von Wasserstraßen müsse auf allgemeine Staatskosten erfolgen, nicht durch Schiffsabgaben, welche wie indirekte Steuern wirken. Nachdem der Reichstag so lange und so entschieden den Produzentenstandpunkt wahrgenommen, müsse er jetzt auch dem Konsumentenstandpunkt Rechnung tragen. (Sehr richtig! links.) Für die Zustimmung Sachsens zu dem Gesetz wird die Vertiefung der Elbe versprochen; an dieser hat aber niemand in Sachsen ein Interesse, weder die Industrie noch die Landwirtschaft, deshalb soll man uns vor dem Gesetz bewahren. (Bravo! b. d. sächs. Natl.)

Küntzer (F. Vp.): Die Kommission hat den Entwurf zwar verbessert, aber annehmbar ist er dadurch nicht geworden. Das Material, das der Kommission vorlag, speziell die Denkschriften Sachsens und Badens, hätte veröffentlicht werden sollen, dann hätten die Sachverständigen noch eine viel schärfere Kritik an dem Gesetzentwurf üben können. Der Entwurf wird die Kleinschiffahrt auf der Elbe, die sich unter der Abgabefreiheit ganz außerordentlich entwickelt hat, sehr empfindlich treffen. Die Einführung der Abgabefreiheit auf den preussischen Strömen seinerzeit war ein

großzügigen, weitausschauenden Verkehrsprojekt, und der Minister von Breitenbach hätte von ihr gestern nicht als von einem überlebten Wirtschaftssystem sprechen sollen. (Sehr richtig! links.) Der Minister hat sich auf die öffentliche Meinung Preußens berufen. Meinte er damit vielleicht die Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses? (Sehr gut! und Heiterkeit links.)

Winkler (K.): Der Widerstand der Sachsen gegen die Vorlage entspringt aus Partikularismus. Redner spricht sich für Annahme des Antrages Jähnter auf Streichung des von der Kommission eingefügten Artikels 3a aus, wonach nicht auch kanalisierte Flüsse als Kanäle im eigentlichen Sinne zu betrachten sind, und feiert sodann den von dem Abgeordneten Gothein angegriffenen Ministerialdirektor Peters.

Ministerialdirektor Peters und Bayerischer Ministerialrat von Graßmann treten für die Vorlage ein.

Stolle (SD): Wir erblicken in den Schiffsabgaben eine

schwere Gefährdung von Handel und Verkehr.

(Sehr wahr! bei den Soz.) Unter den Segnungen der Abgabefreiheit haben sich Handel und Industrie in einer Weise entwickelt, daß das Ausland uns darum beneidet. Es ist gar nicht abzuleugnen, daß die preussische Regierung

durch die Agrarier gezwungen

worden ist, die Schiffsabgaben in die Kanalvorlage einzubringen. Daß die preussische Regierung die von den Junkern vorgeschriebene Marschroute befolgt haben die Erklärungen des Ministers v. Breitenbach bewiesen, daß ohne Schiffsabgaben Strombauten nicht mehr vorgenommen werden sollen. Wenn es sich um Kanonen handeln würde, würde die preussische Regierung sicher nicht sagen: Wir haben keinen Pfennig für solche Zwecke. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Regierung beruft sich auf die einstimmige Annahme der Vorlage im Bundesrat; sie vergißt, daß der Widerstand der opponierenden Staaten

nicht freiwillig

aufgegeben wurde, sondern nur unter dem Druck der preussischen Regierung; vor die Wahl gestellt, ob mir mein ganzes Geld oder nur der größte Teil genommen werden soll, gebe ich natürlich den Teil hin. Minister v. Bischoff meinte, die Süddeutschen seien Preußen freundlich entgegengekommen. Auf Württemberg trifft sicher das Wort zu: „Halb zog sie ihn, halb sank sie hin.“ (Heiterkeit.) Auf einer Verammlung in Dresden an der hunderte kleiner Schiffsbesitzer teilnahmen, wurde ausgeführt, daß durch die Einführung der Schiffsabgaben viele

zur Einstellung des Betriebes

gezwungen werden würden. (Hört, hört! bei den Soz.) Die kleinen Schiffer haben gar kein Interesse an einer Vertiefung der Elbe. Das Urteil dieser sachverständigen Kreise ist sicherlich wertvoller, als das des Ministerialdirektors Peters. (Sehr richtig! bei den Soz.) Unwiderleglich ist in der Kommission dargelegt worden, daß ein großer Teil des deutschen Exporthandels von Hamburg nach Böhmen durch die Vorlage zu dem Umweg über Triest gezwungen werden wird. Leider haben sich auch die württembergischen Abgeordneten der Linken für die Vorlage gewinnen lassen; freihändlerisch gestimmte Leute sollten sich durch partikularistische Vorteile ihrer engeren Heimat nicht bestimmen lassen zu einer

reaktionären Verschlechterung der Reichsverfassung.

(Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Österreich scheint nach den Einkünften seines Ministerpräsidenten und seines Handelsministers an der durch die Elbverträge garantierten Abgabefreiheit festhalten zu wollen. (Lebh. Hört, hört! bei den Soz.) Die weisen Männer unserer Regierung wollen freilich erst die Schiffsabgaben im Inlande einführen und sich dann international verständigen, analog wie sie Handelsverträge erst schließen, nachdem sie das Tarifgesetz gemacht haben. Sie übersehen nur, daß Handelsverträge auf Zeit abgeschlossen werden, während die Rhein- und Elbverträge

dauernde internationale Verträge

sind. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Vertiefung der Elbe wird als „Kompensation“ ausgegeben, die Sachsen für die Schwabungen durch die Schiffsabgaben erhalten soll. Aber wie die Anlieger, wie die Interessenten und Sachverständigen über diese eigenartige Kompensation denken, beweisen die Gutachten der Handelskammern von Dresden und Magdeburg. Sachsen verlangt einstimmig die Ablehnung dieser Vorlage, die mit rauber Hand in seine blühende Flußschiffahrt eingreift und den Konsum der breiten Massen dieses Industrielands noch weiter belastet. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Ein gewisser Bismarck sah in der Abgabefreiheit der deutschen Ströme ein wichtiges Merkmal der deutschen Einheit. Jetzt erzählen preussische Minister, die Abgabefreiheit sei überlebt. Darüber braucht man sich nicht zu wundern, die preussische und die deutsche Regierung ist ja — trotz gelegentlichen Aufmuckens — nichts anderes als der

getreue Knecht der konservativen Partei.

(Lebh. Zustimmung bei den Soz. Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Schulz: Die Regierung ist der Knecht keiner Partei. (Sturm. Heiterkeit. Zurufe links.)

Graf Braschma (Z.): Die Redner der Linken nennen das Gesetz ein Werk der Ritter und Heiligen. Es stimmen aber doch auch die meisten Nationalliberalen und sogar einige Freisinnige dafür. Sind das auch Ritter und Heilige? (Zuruf bei den Soz.: Sonderbare Heilige! Große Heiterkeit.) Die Linke will keine Verfassungsänderung vom sterbenden Reichstag gemacht wissen. In einer anderen Frage will gerade die Linke eine höchwichtige Verfassungsänderung von diesem Reichstag vornehmen lassen. (Sehr gut! im Zentrum und rechts.) Die Schiffsabgaben werden keineswegs verteuern wirken, an ihrem baldigen Zustandekommen ist namentlich der Oberstschiffahrt sehr gelegen. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Minister von Breitenbach: Der Abg. Stolle meint, die ganze Vorlage sei nichts wert, weil das Ausland den Schiffsabgaben widerstehe werde. Wenn wir auch den Termin noch nicht bestimmen können, an welchem wir auf dem Rhein und der Elbe Abgaben werden erheben können, so werden wir von dem Gesetz doch sofort einen ungeheuren Nutzen auf den Strömen schaffen können, auf denen wir durch das Ausland nicht gehindert sind. — Mit meiner Äußerung von einem „überlebten Wirtschaftssystem“ wollte ich nur sagen, daß im Laufe der letzten dreißig Jahre der Verkehr sich so ungeheuerlich entwickelt hat, daß die Grundzüge, die vor dreißig Jahren zweckmäßig waren, heute nicht mehr angemessen sind.

Dr. Hahn (Kou.): Dr. David nennt die Vorlage ein neues Glied in der Kette der agrarischen Verteuerungspolitik. Die Fracht von Hamburg nach Berlin beträgt heute 3 Mk. und die Gebühren für Benutzung der Hafenanlagen 8 Pf. Nach Vollendung der im Gesetz vorgesehenen Bauten kommen noch 19 Pf. hinzu, die die Interessenten für den verbesserten Wasserweg gern zahlen werden. Die ganze Verteuerung macht 2 bis 3 Mk. pro Tonne. (Hört, hört! rechts.) Es ist bedauerlich, daß Gothein gegenüber diesen rein praktischen Fragen wieder von der Reichsverdröbenheit gesprochen hat. (Sehr richtig! rechts.) Er führte auch die Branntwein- und Liebesgaben wieder an, an denen doch heute nur noch die süddeutschen Kleinbauern Interesse haben. (Lachen links.) Der Mittellandkanal ist im Jahre 1899 keinesfalls aus agrarischen Gründen abgelehnt, sondern um den schlesischen Kohlenbergbau gegen die Konkurrenz aus dem Ruhrgebiet zu schützen, und heute muß die Ruhrindustrie gegen die süddeutsche geschützt werden. Aus solchen nationalen Gründen auch Herr Wassermann seinen Antrag auf die Rosellkanalisierung zurückziehen. (Lebh. Bravo! rechts.)

Dr. Frank-Mannheim (SD): Die Rede des Dr. Hahn war an die falsche Adresse gerichtet. Wenn er es nicht fertig bringt, mit seiner hinfälligen Beredsamkeit seine eigenen Fraktionsgenossen aus Sachsen von den Vorzügen des Gesetzes zu überzeugen, muß es schlimm damit bestellt sein. (Zuruf: die Sachsen sind helle!) Herr Dr. Hahn kann man diesen Vorwurf nicht machen. (Große Heiterkeit.) Herr Hahn verweist darauf, daß die Verteuerung durch die Schiffsabgaben nur ganz geringfügig sein würde. Das ist die alte Geschichte, die Jungfrau ist ganz unschuldig, das Kind, das sie geboren hat, ist ja ganz, ganz klein. (Hört.) Die Väter, Großväter und Urgroßväter des Gesetzes im preussischen Abgeordnetenhaus haben sich von dem Gesetz mehr versprochen, sie wollten, daß das

Einkaufsstor für ausländisches Getreide

geschlossen werde, und was sie im preussischen Abgeordnetenhaus in einem unbewachten Augenblick — sie sind dort ja unter sich — sagten, gilt mir jedenfalls mehr, als die sicher sehr ernsthaft gemeinten Darlegungen des Herrn Dr. Hahn. (Große Heiterkeit links.) Dr. Hahn bestreitet, daß eine

Reichsverdröbenheit

als Folge des Gesetzes eintreten werde. Da brauchen wir ihn nur auf die Denkschrift von Sachsen und Baden verweisen. (Sehr richtig! links.) Dann hat sich Dr. Hahn nach links hin um Hilfe umgesehen und in dem neubefehrten Herrn Hausmann einen Helfer gefunden. Ich bedaure Herrn Hausmann aufrichtig, denn mit Recht konnte Dr. Hahn es als unzulässig bezeichnen, die Interessen eines bestimmten Kreises, einer bestimmten Provinz, dem nationalen Interesse der gesamten deutschen Volkswirtschaft voranzusetzen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Mit voller Wucht

treffen diese Worte die Stellung des Herrn Hausmann und der sächsischen Freunde des Gesetzes. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Selbst wenn Württemberg von der Preisgabe der süddeutschen Interessengemeinschaft den Plänen Preußens gegenüber Vorteil hätte, wären die Vertreter Württembergs doch verpflichtet, die angebliehen Sondervorteile zurückzustellen gegenüber den sicheren Schäden der gesamten deutschen Volkswirtschaft. (Lebh. Sehr richtig! bei den Soz.) Nur den milderen Umständen hätte Dr. Hahn erwähnen können, daß die neue Überzeugung des Herrn Kollegen Hausmann unter dem Druck des preussischen Abgeordnetenhauses entstanden ist, das den Ausbau der deutschen Ströme verweigern will, wenn die Schiffsabgaben nicht kommen. Man nennt die Gegner dieses Gesetzes Gegner des Verkehrs. Nach der Geschichte der konservativen Partei brauche ich wohl nicht auszuführen, auf welcher Seite die Gegner des Verkehrs sind. Den Konservativen die Sorge für den deutschen Verkehr übergeben, heißt doch, den Fühlern die Sorge über den Entenfall anvertrauen. (Sehr gut! links.) Eine Vorlage, welche die Wasserregulierung auf bestimmte Orte beschränkt unter Beigabe bestimmter Pläne und Kostenanschläge könnte man annehmen, hier aber wird die

Freiheit der deutschen Ströme preisgegeben,

um die jahrzehntlang gekämpft worden ist, und was die Vorlage an Verkehrsfortschritten enthält, ist

Versprechungsflöber,

um die einzelnen Bundesstaaten zu gewinnen, Wechsel auf die Zukunft. Graf Braschma leugnet, daß die Politik der Ritter und Heiligen für dieses Gesetz verantwortlich sei. Gerade ihm sollte doch die Verförperung eines Ritters und Heiligen in einer Person nicht fern liegen. (Große Heiterkeit.) Der verstorbene Zentrumsabgeordnete Hug hat sich wiederholt sehr energisch gegen die Schiffsabgaben ausgesprochen. Leider scheint sein Einfluß in seiner Fraktion nicht über seinen Todestag hinausgereicht zu haben, denn auch die wenigen Herren aus dem Süden, die bisher dem Gesetz Wider-

Hand geleistet haben, scheinen inzwischen umgefallen zu sein. Dem Antrag, den Artikel III a aus der Vorlage zu streichen, können wir nicht zustimmen, eine Definition der künstlichen Wasserströme muß unbedingt im Gesetz stehen bleiben. Im übrigen sind meine Freunde ohne Ausnahme der Meinung, daß dies Gesetz politisch und volkswirtschaftlich ein Unglück bedeutet, daß mit seiner Annahme der Reichstag sich mißbrauchen läßt zugunsten großagrarischer Interessen. (Lebh. Beifall b. d. Sa.)

Görheim (F. W.) polemisiert gegen den Abg. Hahn. Nicht mit Rücksicht auf die schlesische Industrie haben die Konservativen den Mittellandkanal zu Fall gebracht, sondern aus einseitigstem agrarischen Interesse heraus. (Sehr richtig! links.)

Hausmann (F. W.): Ich bin weder ein Goliath noch ein Waulus, ich halte einfach die Vorteile der Vorlage für größer als ihre Nachteile. Ihr Zweck ist so gut, daß die unerwünschten Schiffahrtsabgaben mit in den Kauf genommen werden können.

Damit schließt die Debatte.
Graf Praschna (S.): Ich danke Herrn Frank, daß er mich als Verkörperung der Heiligkeit und Ritterlichkeit hingestellt hat. (Heiterkeit.)

Artikel I wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der großen Mehrheit der Freisinnigen angenommen, ebenso der Antrag Jehner auf Streichung des Artikels IIIa.

Darauf wird die Weiterberatung vertagt auf Freitag 1 Uhr.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung.

Zentralschiedsgericht für das Berggewerbe. Eine Petition des Arbeitgeberbundes für das Berggewerbe und der beim Zentralschiedsgericht beteiligten Zentralverbände der Arbeiterschaft liegt dem Reichstage vor und spricht den Wunsch aus, es möchte die Reichskasse die Auslagen bestreiten, welche durch die Tätigkeit der ernannten Unparteiischen entstehen. Die Petition wurde auf Antrag des Abgeordneten Schwarz, Lübeck dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen, gegen die Stimmen zweier Mittelstandsvertreter des Zentrums. Der Vertreter des Reichsamtes des Innern vertrat auf dem abhandelnden Standpunkt, den das Reichsamt des Innern am 3. Februar 1910 in der Budgetkommission der Frage gegenüber eingenommen hatte, ob die Erstattung der Tages- und Reisekosten auch anderen als den vom Reichsamt ernannten schiedsrichterlichen Staatsbeamten gewährt werden soll; man würde sonst nur veranlassen, daß auch noch andere Institutionen mit derartigen Wünschen kommen. Vom Referenten Schwarz und den Abgeordneten Severing, Wieberg, Cuno und Link wurde den Bedenken des Regierungskommissars, dem sich auch der Zentrumsabgeordnete Göring namens der zu schonenden Steuerzahler des Mittelstandes angeschlossen hatte, die triftigen Gründe für eine einheitliche Vergütung der Schiedsrichter aus Reichsmitteln entgegengehalten. Der Kostenpunkt soll nach der Berechnung der Petition höchstens 4000 Mk. betragen; kämen einmal in späterer Zeit andere Zentralinstanzen hinzu, so würde am Ende höchstens ein Betrag von 20 000 Mk. aus der Reichskasse aufzuwenden sein. Als Zeichen der wachsenden Inanspruchnahme des Zentralschiedsgerichts wurde beispielsweise angeführt, daß in den Sitzungen vom Februar und März d. J. jeweils an drei Sitzungstagen 185 Fälle aus 150 Orten des Deutschen Reiches verhandelt worden sind. Die Petition kann noch im Plenum des Reichstages erledigt werden, falls sich niemand dabei zum Worte meldet; denn strittige Sachen bleiben jetzt von der Tagesordnung weg.

Für eine sofortige Lohnbewegung der Ruhrbergleute erklärte sich eine der am Sonntag im Ruhrgebiete abgehaltenen Bergarbeiterversammlungen. In der Versammlung in Gänen, die von über 1000 Personen besucht war, wurde nach dem Referat des Redaktors Pokorny eine Resolution angenommen, in der die Verhältnisse der Bergarbeiterorganisationen aufgeführt werden, sofort Lohnforderungen zu formulieren und den in Frage kommenden Instanzen zu unterbreiten. Die Bergarbeiter werden weiter in der Resolution aufgefordert, sich der Organisation anzuschließen, um dadurch den Beweis zu erbringen, daß es ihnen mit der Lohnbewegung bitter ernst sei. Diese Resolution ist den Vorständen der vier in Frage kommenden Bergarbeiterorganisationen zugestellt worden.

Sächsische Streikjustiz. Unter dem Vorhitz des vor einigen Tagen durch seinen eigenen Auspruch: „der Richter siehe zum Angeklagten wie der Richter zu seinem Untergebenen“ bekannt gewordenen Amtsgerichtsrats Dr. Lott ermahnt das Schöffengericht in Dresden gegen einige Streikführer. Und die Urteile entsprechen ganz der Anschauung dieses Richters. So wurde ein Arbeiter, der bei dem Streik der Schokoladenarbeiter in Dresden der „Ehre“ einiger arbeitswilliger Mädchen zu nahe getreten sein soll, zu fünf Wochen Gefängnis verurteilt. Sein Verbrechen bestand in der Hauptsache darin, daß er den Schönen der beiden Streitwilligen zu nahe gekommen ist. Die Mädchen erklärten auf Verfragen, daß sie dies zwar gemerkt, sich aber nicht verlegt gefühlt hätten. Außerdem hat er die Mädchen durch Worte beleidigt. Wegen Verleumdung und Verletzung wurde die hohe Strafe verhängt. In einem zweiten Falle wurde ein Arbeiter von demselben Gericht zu einer Woche Gefängnis verurteilt, weil er einen arbeitswilligen Hüttenarbeiter einen Streikbrecher genannt haben soll. Der Angeklagte bestritt lebhaft, das Wort gebraucht zu haben. Als Belastungszeuge diente ein arbeitswilliger Salzmann, der wegen Weineid nicht eidfähig ist. Auf der anderen Seite kann dieser Amtsgerichtsrat auch sehr milde sein. Ein Hüttenarbeiter beim Kulleriedepot, der zwei Schlägen, die Gabeln in einen Bach schossen, durch zwanzig Schläge mit einem fingerdicken Birkenstock auf das Gesicht mishandelt hat, so daß nach ärztlichem Befund handteller-große Wundstellen festzustellen wurden, erhielt 40 Mk. Geldstrafe. Das Gericht erachtete die Mishandlung nur als eine einfache Körperverletzung. Ein Birkenstock sei nach der Art des Gebrauches kein gefährliches Werkzeug.

Der Weineid eines Streikbrechers. In einer vor dem Landgericht Leipzig verhandelten Strafsache wegen Streikbrechens beschwor der als Kronzeuge der Staatsanwaltschaft vernommene arbeitswillige Schlosser Fischer, daß er noch nie vorbestraft sei. Da der Arbeitswillige mit seiner dem Streikenden behandelnden Aussage den Angaben anderer Zeugen direkt gegenüberstand, wurde, um die Glaubwürdigkeit des Arbeitswilligen zu ergründen, dessen Strafregisterauszug herangezogen, der die überragende Tatsache ergab, daß der Zeuge bereits fünfmal wegen Diebstahls, Hehlerei und Betruges vorbestraft ist. Auf nochmaliges Vorhalten portierte das „nächste Element“, er könne sich nicht mehr darauf besinnen, es seien wahrheitsgemäß Jugenddelikte gewesen. Der Mann steht seiner Bestrafung wegen Weineides entgegen. Der angeklagte Streikführer mußte freigesprochen werden.

„Die Roheit der Sozzen kennt keine Grenzen.“

Unter der Überschrift „Die Roheit der Sozzen kennt keine Grenzen“ hatte der Herausgeber der in Frankfurt erscheinenden Zeitschrift „Für Wahrheit und Redt“, Müller-Gjerry, folgenden Artikel in seinem Blatte veröffentlicht:

Das Verhalten der Sozzen den gebildeten Ständen, der Kirche, den Leitern des Staates gegenüber wird fortgesetzt unerträglich. Wird irgend ein feiner Mann in eine unangenehme Affäre verwickelt, so fallen die sozialdemokratischen Blätter mit einer wahren Berferkermut über den Unglücklichen her. Die Sache wird planlos aufgebauert und an dem Mann kein gutes Haar gelassen, und wenn er sonst der anständigste und edelste Mensch der Welt und die Sache selbst in Wirklichkeit noch so harmlos ist. Kein Blatt ist darin schlimmer als zufällig gerade die hiesige „Volksstimme“, deren sämtliche hiesigen Anhänger selbstredend nur Engel sind. Den irregulären Arbeitern werden die Führer der Partei als Ideale hingestellt. In Wirklichkeit sind diese Ideale oft sehr minderwertige und schmutzige Kreaturen. Schreiber dieser Zeilen ist zufällig Vormund eines Kindes, das ein Sozialistenführer, der verheiratet und große Kinder hat, einem armen jüdischen Mädchen aufgebauert hat. Der sozialistische „Edelmann“ stellte sich als bettelarm hin, um seinen Alimentationspflichten zu entgehen, dabei ist der Volksbeglückter Hausbesitzer usw. Er verlangte und hat fast fähig auf ein weitgehendes Schonung, damit seine Frau und seine erwachsenen Kinder und die Öffentlichkeit nichts von seinem Treiben erfahren. Man war rücksichtsvoll genug, der Bitte zu willfahren. Man dehnte die Schonung derart aus, daß kein Sterblicher von der Sache etwas erfuhr und die Alimentationsfrage wurde in schonendster Weise erledigt. Solche Rücksichten verlangen die Herren Sozzen von den Bürgern. Hat aber einmal ein Bürgerlicher einen Fehler begangen, dann stellt man denselben schamlos und in ordentlichster Weise an den Pranger. Jeder rechtlich denkende Mensch muß solche Handlungsweise verdammen, und jeder Mensch, der noch ein ganz klein wenig auf Ehre hält, muß einer Partei, deren Führer so handeln können, den Rücken kehren.

Diese Anschuldigung schien so bestimmt formuliert und behauptete eine so schamlose Handlung von einem Frankfurter Parteigenossen, der sich in führender Stellung befand, daß die Frankfurter Parteileitung auf Anregung der Redaktion der „Volksstimme“ beschloß, den Ankläger zu stellen. Man verlangte also von Müller-Gjerry den Namen des Sozialistenführers. Nach anfänglichem Ausweichen kam endlich folgende beispiellose Antwort:

„Auf Ihre verschiedenen, recht wohgemeinten Anfragen muß ich Ihnen erwidern, daß der betreffende Herr mittlerweile seinen Verpflichtungen prompt nachkommt. Wer der Herr ist usw., darf ich unter keinen Umständen verraten. Ich darf es um so weniger, da Sie offenbar die Absicht haben, den Unglücklichen zu strafen.“

Hochachtungsvoll! Müller-Gjerry.“
So war also aus dem „sozialdemokratischen Rohling“, der an den Pranger gestellt zu werden verdient, über Nacht ein „Unglücklicher“ geworden, der des Schutzes bedurfte. Die „Volksstimme“ kennzeichnete darauf das Zeitungsgeschreibsel des famosen Anklägers als eine „etwasthafte Verleumdung“. Das führte zu einer Verleumdungsklage Müllers gegen die Genossen Quint und Quark, worauf unsere Genossen mit einer Widerklage antworteten. Vor Gericht wurde nun festgestellt, daß der angebliche Frankfurter Sozialistenführer ein Werkführer in Höchst ist, der in den weitesten Parteikreisen unbekannt ist. Das Schönste ist aber noch, daß der Mann seiner Alimentationspflicht stets nachgekommen ist, und das Allerhöchste, daß Müller dies stets in seinen Eingaben an die Oberprokuratur betonte. Das dickste Ende aber besteht darin, daß der Mann in Höchst schon im Januar 1910 die letzte Abfindungssumme von 1200 Mark bezahlt hat, und im März 1911 bringt Müller den Artikel. — Das Gericht sprach Quark frei und verurteilte Quint und Müller zu einer Geldstrafe von je 30 Mk. Müller habe nicht erweistlich wahre Tatsachen behauptet; die „Volksstimme“ sei aber in der Form zu weit gegangen. Jedenfalls zeigt die Affäre wieder einmal, aus welcher trüben Quelle der Reichsverband und seine „nationalen“ Freunde zu schöpfen pflegen.

Soziales.

Branereigewinne. Welch gewaltige Überschüsse das Brautkapital адwirft, dafür bietet der Rückblick des größten deutschen Brauereiunternehmens, der Schultheißbrauerei, einen deutlichen Beweis. Das „B. Z.“ berichtet darüber: Die Schultheißgesellschaft, die seit mehreren Jahren die Zahlen ihres Bierabfahres nicht mehr bekannt gibt, weil sie der Ansicht ist, daß ein Brunken mit großem Absatzzuwachs die ominöse Heftoliterjagd befördert, hat diesmal ein so glänzendes Abfahresresultat erzielt, daß sie „ausnahmsweise“ ihren Mehrabz nicht verschweigen zu dürfen glaubt. Dieser bezieht sich nämlich auf nicht weniger als 2 137 46 Hektoliter und erreicht damit eine Zahl, über die der gesamte Jahresabz nur weniger deutscher Brauereien hinausgehen dürfte. Der Gesamtanstoß der Schultheißbrauerei wird dadurch auf die Höhe von 1 1/2 Millionen Hektoliter gebracht. Der Bruttoertrag der Schultheißbrauerei in 1910/11 ist von 19 198 732 Mk. auf 22 180 310 Mk., das heißt um etwa 3 Millionen Mark gestiegen. Die Erhöhung beträgt also etwa 16 Proz., das heißt fast genau so viel wie der Zuwachs des Hektoliterabfahres. Der Nettogewinn stellt sich auf 2 492 344 Mark gegen 2 346 312 Mark. Von dem um 3 Millionen Mark höheren Reinertrag sind also nicht viel mehr als die 140 000 Mark Mehrertrag übrig geblieben, die zur Erhöhung der Dividenden von 14 auf 15 Proz. erforderlich sind. Mit diesem „Verdienst“ können die Herren Aktionäre schon zufrieden sein.

Menschen, die die Geschichte ihrer Klasse schreiben.

Kritische Gelehrtenarbeit ist mit Bieneinsatz darauf aus, bis zu den innersten Zusammenhängen vorweltlich-mythischer Religionen zu dringen, über die Kannibalen des neuesten deutschen Kolonialgebietes, die auf tiefer Kulturstufe stehenden Kongoneger, sind wir durch eine ganze Literatur, die sich jetzt in die Zeitungen ergießt, genauestens unterrichtet, — das Erleben und Empfinden der proletarischen Klasse ist — teils noch keine Wissenschaft, und von keinem Hörstuhle aus wird darüber doziert.

Der Kapitalismus hat die Gesellschaft längst in Stücke zerrissen, die in sich womöglich wieder zersprungen und zerküßelt, zu einander völlig fremden, innerlich und äußerlich

unbekannten Gebieten geworden sind. Im Denken und im Fühlen, im Leben und Sterben, vom Kinde bis zum Greise, reden sie völlig verschiedene Sprachen, leben sie einander schier unverständliche Sitten und fordern sie von andern geübte Anforderungen.

Der Genes des Besitzes, der Siegeszug seiner Klasse, und die Laten der durch sie aus der nivellierenden Masse Herausgehobenen ist in Bibliotheken an wissenschaftlicher Arbeit aufgehäuft! Die Geschichte der Arbeiterklasse, ihr seelisches Leben, wachte noch keine Wissenschaft zu durcharbeiten. Die historische Notwendigkeit des Proletariats, und die eiserne Konsequenz ihrer Zukunft, die hat Marx mit drohenden Hammerschlägen unaussprechbar in die Mauern des kapitalistischen Klassenstaates gemeißelt. Von dort sind sie auch bis zum letzten Hörsaal gedrungen — die heutige offizielle Wissenschaft wäre ohne Marx ebenso unmöglich wie Darwin!

Die Lebens- und Erlebnissgeschichte des Proletariats, die Memoiren der Klasse der Glenden und Unterdrückten sind noch nicht geschrieben worden! Um so erfreulicher erscheint es, wieder einmal von einem Buche sprechen zu können, welches ein Baustein zum großen Werke ist. Von unserem Genossen Paul Göhre herausgegeben, erscheint jetzt im Verlag Eugen Dieterichs - Jena als viertes Buch einer Sammlung von Arbeiterbiographien, Das Leben eines Landarbeiters. Wir haben außer den von Göhre herausgegebenen Biographien auch schon andere Sammlungen ähnlicher Art. In erster Linie müssen hier die von Levenstein und anderen herausgegebenen Bücher beachtet werden. Die Jugendgeschichte einer Arbeiterin gehört ebenso dazu, wie die Memoiren einer Sozialistin. Nicht vergessen darf werden, daß schon vom einzelnen ins allgemeine gehend, die verschiedenen Gewerkschaftsgeschichten Dokumente einer Geschichte der Arbeiterklasse sind. Besonders ragt hier das Buch von Hue, Die Vergarbeiter hervor, dessen zweiter Teil noch nicht erschienen ist.

Unser Genosse Göhre trifft den Kern der Sache, wenn er im Rehbels: Das Leben eines Landarbeiters im Vorwort schreibt: „Alle Achtung vor der geistigen Kraft solche Landarbeiter. Haben wir viele von der Art in Deutschland, dann ist die Sünde unserer Agrarier an ihnen, die sie noch immer am liebsten wie mittelalterliche Leibeigene einschätzen und behandeln, doppelt schwer und groß.“

Immer und immer wieder packt uns der Jörn beim Lesen dieses Buches, das herb und kernig, mit Liebe zum Lande und zur Landwirtschaft, die Leiden und Entbehrungen, die Not und das Glend des deutschen Landarbeiters schildert. Es ist nicht ein Landarbeiterleben, es ist das Landarbeiterleben, welches im Buche geschildert wird. Seine Eigenart besteht darin, daß der Verfasser Erlebtes und Erlebtes nicht unmittelbar niedergeschrieben hat, sondern mit großer Objektivität geflürt und zu knapper Kürze späterer Bildungsperioden umgeschliffen, schildert. Die Mitteilungen über das Leben, oder besser, das völlig kulturlose Vegetieren des deutschen Landarbeiters wirken so nicht nur als Einzelerfahrung sondern als Tatsache der Klassenlage.

Die Biographie der Arbeiter ist eigentlich das Geschichtsbuch der proletarischen Klasse, ihrem ganzen Wesen und ihrer Eigenart gemäß ist sie mehr Erkenntnisliteratur für die bourgeoisen Kreise, wir gehen hier trotzdem noch kurz näher auf die Ergebnisse des Landarbeiters Rehbels ein, weil sie für den Industrieproletarier doch manches geschlossen und zusammengefaßt darstellen, was ihm aus der Presse nur in seinen traurigsten und niederträchtigsten Momenten bekannt ist.

Vom armseligen Sohne des im Meisterstolze und im Glend dahinsiehenden pommerischen Schneidermeister bis zum Vorwärtsberichterstatte und zum Angestellten der Berliner Gewerkschaftskommission ist ein weiter Weg. Das traurige Bindeglied, die inner Ursache dieser Umwandlung vom Landarbeiter, der sein Vieh und seine Erde liebt, zum Kopfarbeiter der im unfehlhaften Großstadtgetriebe lebt, ist ein fürchterlicher Unglücksfall, der ihn um seinen ganzen Arm bringt.

Der Rehbels an der Schreibmaschine hat sich sehen — März 1909 ist er 42 Jahre alt, gestorben — die gerade volle Gestalt, der eine Arm, und den klugen Gesichtsausdruck, der mußte empfinden: dieser Mann ist auf dem Lande gewachsen, er wäre, zudem noch seine Liebe zum Grund und Boden dazukam, auch auf dem Lande geblieben, wenn ihn nicht sein Geist und das Glend hinweggetrieben hätten.

Vom pommerischen Kartoffeleier rückt er, mit 14 Jahren seinem „Seeferverkäufer“ — dem Vermittlungsagenten — durchbrechend zum Hüttenjungen herauf. Im holsteinischen Bauernhause trifft ihn das erste menschliche an Behandlung und Beachtung. In der holsteinischen „Grafenack“, dort, da überhaupt nichts vom Leben hinklingt, liegt das Aufwärmollen des regsamem Geistes gleichsam verschüttet. Als Diensthof in Dithmarschen warb in ihm wieder lebendig, und dann als Kavallerist in Metz — drei Jahre — da ist's entschieden, der Mann glaubt nie wieder an Hinterpomern und seine gottgewollten Abhängigkeiten. Eine fürchterliche Anklage ist es, dies kurze Urteil über das Kasernenleben: „Was sollte uns auch noch genieren? Waren wir doch die allgeretenen, beschimpfsten Wesen, zu Tieren herabgewürdigt. Unsere Scham war, wie unser Ohrgefühl, uns längst von unseren Vorgesetzten ausgetrieben. Was Wunder, daß wir auch in geschlechtlichen Dingen alles Anstandsgefühl verloren hatten. Und so ist es gekommen, daß mir noch heute die Kaserne als eine Hochschule der Schamlosigkeit und Unfittlichkeit vor Augen steht.“

So denkt und fühlt der Landarbeiter! Und er rettet sich wieder aus Bauerngut zur Vieh- und Bodenarbeit! Wie dann aus Glend und Not, und doch mit Liebe eine Familie gegründet wird, das Tagelöhnerloch drückt, die tüchtige Maschine den Arm wegreißt, und ihn der ländlichen Armenverwaltung überläßt, es ist ein weiter Weg, ein schweres Steigen! Und doch ist's ihm gelungen, neben und mit ihm sind Tausende und aber Tausende marschieren, sie alle wollen ans Licht, zum Leben, zur Kultur!

Auch diese Arbeiterbiographie ist eine Anklageschrift, deren Studium für alle die, die „jenseits der Mauer“ leben, notwendig ist, um prüfen zu können inwiefern ihre Verteidigung der Ungleichheit und des Unrechts gute und rechte Gründe hat. Und für uns Arbeiter ist der Proletarier Rehbels ein Ansporn, nicht nur zu arbeiten, sondern auch zu ringen und zu kämpfen um als Menschen gemeinsam dem Sozialismus zuzuführen!

Aus Nah und Fern.

Warnung vor Auswanderungen nach Kalifornien. Unter Hinweis auf die für die Arbeiter besonders schlimmen Verhältnisse in Kalifornien ersucht das Internationale Sozialistische Bureau alle ihm angeschlossenen Organisationen, die Arbeiter vor der Auswanderung nach Kalifornien zu warnen. Durch Inserate in europäischen Zeitungen und Agenten kalifornischer Kapitalisten, die Europa bereisen, sollen Arbeiter zur Auswanderung nach Kalifornien veranlaßt werden. Folge niemand dem Lockruf; denn Tausende

on Arbeiter sind zurzeit in Kalifornien brotlos. Aber immer neue Arbeitermassen sollen ins Land gelockt werden, damit den dortigen Gewerkschaften neue Schwierigkeiten erwachsen.

Doppelmord und Selbstmord in Wien. Am Donnerstag nachmittag ist in Wien der Beamte Matkovic in die Wohnung des pensionierten Sektionschefs im Justizministerium, v. Holznecht, eingebrochen und hat durch Revolvergeschüsse den 17jährigen Sohn Georg und die 24jährige Tochter Marie getötet, den 21jährigen Sohn Robert schwer verwundet und sich dann selbst erschossen. Matkovic war 9 Jahre im Hause des früheren Leiters des Justizministeriums als Hauslehrer tätig. Früher unterrichtete er die Tochter und fasste Zuneigung zu ihr. Nachdem er den Doktorgrad erworben hatte, hielt er offiziell um die Hand der Tochter an, wurde aber auf einen späteren Zeitpunkt vertröstet. Er nahm noch am Mittwoch an der Feier der silbernen Hochzeit des Herrn v. Holznecht teil, muß sich aber hier schon mit dem Mordplan getragen haben, da er die auf abends angelegte Unterrichtsstunde auf 3/4 Uhr verlegt hatte. Zu dieser Zeit waren Herr und Frau Holznecht abwesend. Matkovic betrat durch eine Hintertür die Wohnung, ohne bemerkt zu werden. Augenzeugen können über die weiteren Vorgänge nicht berichten, da sich die Dienstmädchen in den vorderen Zimmern befanden und wegen der dicken Mauern des Hauses nichts gehört haben. Der Täter muß zunächst das Schlafzimmer betreten haben, wo er den auf ihn wartenden Sohn Georg durch einen Schuß in den Kopf aus einem mit sieben Kugeln geladenen Revolver sofort tötete. Die Tochter Marie, die wahrscheinlich auf den Schuß herbeigeeilt ist, wurde tot im Zimmer vorgefunden. Der aus seinem Zimmer kommende Bruder Robert wurde durch drei Schüsse schwer verletzt. Mit dem sechsten Schuß erschoss sich der Täter selbst.

Erdbeben von nicht unerheblicher Stärke wurden gestern abend kurz nach 10 Uhr in einer Reihe süddeutscher und österreichischer Städte, u. a. München, Frankfurt, Augsburg, Tübingen, Stuttgart, Wien etc. registriert. Unter der davon betroffenen Einwohnerschaft herrschte eine große Erregung.

Mord. In Martinszell hat der Ökonom Förster seine Frau und Mutter erschossen. Der Täter, der in der Krankenheilbehandlung gehandelt haben soll, hat dann das Haus angezündet.

Allerlei Wissenswertes.

Die Strahlen des Nordlichts.

Die Polarlichter zählen zu den prächtigsten Himmelserscheinungen, so daß man nie bedauern kann, daß ihre Sichtbarkeit auf einen verhältnismäßig kleinen Raum beschränkt ist, der dazu noch zu den unwirtlichsten Gegenden gehört. Bis in die Breiten von Mitteleuropa vortritt sich verhältnismäßig selten ein ansehnliches Nordlicht. Die Erforschung der Polarlichter wird von der Wissenschaft für besonders wichtig gehalten, weil man seit langem angenommen hat, daß sie in einem bestimmten Zusammenhang mit dem Erdmagnetismus und seinen Veränderungen stehen. Es ist der neuen Radiumforschung vorbehalten geblieben, auch auf diesem schwierigen Gebiet neue Aufklärungen zu schaffen, und zwar ist hier der bekannte norwegische Physiker Birkeland bahnbrechend vorgegangen. Dieser Forscher ist durch zahllose Beobachtungen von Nordlichtern zu der Überzeugung gekommen, daß die Polarlichter zwar nicht durch die erdmagnetischen Kräfte erzeugt werden, daß aber beide, also die Polarlichter und die Störungen des Erdmagnetismus, einund dieselbe Ursache haben. Diese soll in einer von der Sonne ausgehenden elektrischen Strahlung zu suchen sein. Die Theorie von Birkeland hat viel Anklang gefunden und wird jetzt auch von einem anderen Physiker der Universität Kristiania, Dr. Vegard, in einer Zuschrift an die „Nature“ lebhaft unterstützt. Mit vollem Recht aber wird auch darauf hingewiesen, wieviel noch zu erforschen bleibt. Vor allen Dingen muß es darauf ankommen, jener elektrischen Strahlung wirklich habhaft zu werden. Birkeland selbst hat damit bereits erfolgreich begonnen, indem er die Ablenkung der Strahlen eines Nordlichts in einem magnetischen Feld beobachtet hat. Dadurch hat er zunächst eine Eigenschaft dieser Strahlen festgestellt, nämlich ihre außerordentliche Steifheit. Unter diesem Begriff versteht man die Widerstandsfähigkeit gegen eine Ablenkung im magnetischen Feld, und diese ist bei den Nordlichtstrahlen zehnmal größer als bei den gewöhnlichen Alpha-Strahlen des Radium. Können diese beiden Strahlenarten daher nicht identisch sein, so könnte die elektrische Strahlung der Sonne, der die Polarlichter jetzt zugeschrieben werden, vielleicht in den sogenannten Beta-Strahlen bestehen. Dr. Vegard weist aber auch diese Vermutung zurück und macht es vielmehr wahrscheinlich, daß die Nordlichtstrahlen doch durch eine Art der Alpha-Strahlen hervorgerufen werden, die aus körperlichen Atomen selbst besteht. Dieser Forscher geht sogar schon soweit, die Entstehung der prachtvollen sogenannten Draperien der Polarlichter auf ein Bombardement elektrischer geladener Heliumatome von der Sonne her zu deuten.

Wie tief ist das Adriatische Meer?

Man sollte meinen, daß das Mitteländische Meer, das zuerst von großen Kulturnationen seit dem Altertum befahren worden ist, auch in jeder Beziehung zu den besterforschten Meeresstellen der Erde gehören müsse. In der Tat ist dem Mitteländischen Meer bis auf die Gegenwart eine ausgiebige Erforschung zuteil geworden, wie sie noch in keinem entsprechend großen Gebiet des freien Ozeans mit gleicher Vollständigkeit erzielt worden ist. Dennoch scheint die Kenntnis auch des Mittelmeeres noch bedenkliche Lücken zu haben, deren man sich kaum bemüht geworden ist. So lehrt eine Mitteilung von Professor Grund in der Zeitschrift der Berliner Gesellschaft für Erdkunde, daß die Tiefen des Adriatischen Meeres bisher in recht erheblichem Grad falsch angegeben worden sind. Die beiden großen Konkurrenten auf diesem Meeresfeld, die Österreicher und die Italiener, haben beide durch ihre Vermessungsschiffe eine große Anzahl von Lotungen ausführen lassen; aber während der diesjährigen Konferenz von Monaco stellte sich heraus, daß die italienischen und österreichischen Angaben über die Tiefen dieses Meeres schlecht übereinstimmen. Infolgedessen hat Professor Grund auf einer Fahrt des österreichischen Meeres-Najade gerade diejenigen Bezirke des Adriatischen Meeres, wo bisher die größten Tiefen angegeben worden waren, noch einmal ausgelotet und ist dabei zu dem erstaunlichen Ergebnis gelangt, daß die Tiefe dieses Meeres bisher um nicht weniger als rund 500 Meter überschätzt worden ist. Das Maximum sollte bisher 1645 Meter betragen, es hat sich aber herausgestellt, daß an dieser Stelle nur eine Tiefe von 1128 Metern vorhanden ist. Auch die anderen Lotungen, die ähnlich hohe Ziffern ergeben hatten, sind sämtlich um ähnliche Beträge zu verbessern. Dadurch erhält auch die unmaßstäbliche Gestaltung des Meeresbodens in diesem Gebiet einen viel gleichmäßigeren Verlauf.

Quittung.

Für den Wahlfonds gingen ein:

Vom Zentrallager des Konsumvereins	7,20 Mk.
Vom Dachdecker-Verband Lübeck	10,—
Von Arbeitern der Hobelanstalt Havemann u. Sohn	12,34
Vom Verband der Schneider	70,—
B. B.	1,45
Von einem bürgerlichen Herrn als Protest gegen die Kampfweise Kleins	10,—

Das Parteisekretariat.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwanke. Druck: Friedr. Wenzel & Co. Sämtlich in Lübeck.

Freitag
Sonnabend

Schlussstage meines Serien-Verkaufs

Freitag
Sonnabend

zu Einheitspreisen

95 Pfg.

195 Pfg.

295 Pfg.

395 Pfg.

Rudolph Karstadt.

Zum 1. Januar eine H. Wohn. zu vermieten.
Stavenstr. 27, 1-2.

Gesucht zu sofort
Tagesmädchen oder Frau.
Debenau 27.

Eine Schuhmacherei zu kaufen oder leere Stube zu mieten gesucht, am liebsten Holstenor. Ang. unter G M an die Exped. d. Bl.

Wanplatz, 4000 qm sehr günstig gelegen, in der Nähe von bedeutenden Fabrikbetrieben **Dänischburg**, bei Lübeck gelegen, wo **Wohnungsmangel** ist, sofort zu verkaufen. Passend für **Wannunternehmer**, **Anfänger** oder **Spekulanten**. Man schreibe an **Hasses Annoncen-Expedition Lübeck**, unter **Chiffre H 1862**.

Zu verk. 1 Herren-Wintermantel, 1 Turn- oder Maler-Anzug, neu, 1 Backfischleib
Menastraße 19, Flügel, L.

Sonnabend und Sonntag stehen
Ferkel z. Verk.
Krögers Gasthof, Schwartau.

Sonnabend und Sonntag Ferkel zu verkauf. Gasthof z. Linde, Schintup.

Billig! Käse. Billig!
Partie Tilsiter 35, 40, 65, 70 Pf. p. Pfd.
Limburger, reif u. weich, 60 Pf. p. Pfd.
Schweizer 40, 70, 85 Pf. p. Pfd.
Kleinverkauf v. d. Diele
Fleischhauerstr. 48.

Sonnabend frisches Schweinefleisch zu verkaufen.
Lügowstraße 17a.

Empfehlen

prima dickes ferngettes Rindfleisch Pfd. 70 Pfg.
Bratenstücke . . Pfd. 75 u. 80
Schweinefl., Rauchfl. Pfd. 65
Bratenst. 65
prima Flomenschmalz 80
Al. Rauchstücke 80

H. Schmalfeld & W. Mamerow,
Reiferstr. 26, Ecke Warendorpsstrasse.
Telephon 2152.

Um den Kundentreis zu vergrößern gibt bedeutendes Geschäft g. H. wöchl. Ratenzahl. preisw. eleg. Herren-Anzüge u. Paletots fertig u. nach Maß ab. Off. u. R2 a. d. Exp. d. Bl.

Plakate

betr.
Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli 1910 bezügl. Feilhalten von Nahrungs- und Genussmitteln sind zum Preise von 80 Pfg. per Stück zu haben in der
Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.
Johannisstraße 46.

Auswärtige Firma, welche in Lübeck ein Lager unterhält, gibt **kompl. Wohnungseinrichtungen** oder **einzel. Möbel** an Privalleute ab. **Eventuell auch auf Teilzahlung.** Offerten unter **0 10** an die Expedition dieses Blattes.

la. geräuch. Schweinsbaten (ohne Knoch.) pr. Pfd. 65
la. jung. Rindfleisch pr. Pfd. 70
la. Schweinefl. (Bratst.) pr. Pfd. 65
frische Stomen 80
la. Schmalz b. Abn. v. 4 Pfd. 65
la. Karbonade (Rackten) 75

Diese Woche besonders preiswert
fett. Speck, geräuch., fern. Stücke v. 1-3 Pfd. 60 Pfg.
Bratenschmalz Pfd. 40 Pfg.
M. Lahrtz, Böttcherstraße 16.

Deutsch. Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Lübeck.

Einladung zum Ball

der Metallarbeiterinnen
am Sonnabend, d. 18. November 1911,
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Anfang abends 8 Uhr. Ende 4 Uhr.
Das Komitee.

Backobst gemischt . . Pfd. 50	Meiereibutter . . . Pfd. 140
Pflaumen 33	Weißes Schmalz . . . 65
Ringäpfel 55	Schmalz in Blasen . . . 75
Pärsische 65	Kokosnussbutter . . . 60
Aprikosen 90	Speck, fett u. mager . . 85
Brünelien 90	Rauchstücke 95
Saure Kirschen 60	8 Eier 60
Fliederbeeren 60	Große Salzgurken Stück 9
Birkbeeren 25	Magdeb. Sauerkohl . Pfd. 20
Feigen 24	2 Pfd. Zwiebeln 25
Schokolade . . Pfd. 60 u. 70	Daueräpfel 10
Kakao 75 u. 95	Holländer Käse 88
Gebr. Gerste . . Pfd. 20	Schweizer Käse 88
10 Pakete Puddingpulver 45	Tilsiter Käse . Pfd. 40 u. 60

Eduard Speck, Hülfstraße 80 und 82.

Wegen Verlegung meiner Geschäftslokaltäten

nach Sandstraße 16 (Apotheke-Neubau) bis zum Umzug in allen Abteilungen

grosse Preisermässigung.

Hermann Richelsen, Königstraße 111, Ecke Aegidienstr.

Magazin für Haus- u. Küchengeräte, Glas, Porzellan, Lampen für Petroleum u. Gas, Luxuswaren.

Auf
Kredit

Möbel

im Preise v. 65 Mk., Anz. 5 Mk.
im Preise v. 98 Mk., Anz. 10 Mk.
im Preise v. 128 Mk., Anz. 12 Mk.
im Preise v. 200 Mk., Anz. 20 Mk.

Einzelne Möbel

Kinderwagen etc.
von 3 Mk. Anzahlung an.

Anzüge, Paletots
von 5 Mk. Anzahlung an.

Damen-Konfektion

Kleiderstoffe, Gardinen, Teppiche,
Feder-Betten.

H. Kesten

Holstenstr. 17, I.

Weckuhren von 2.50 Mk. an.



Willi Westfaling
Uhrmacher
und Juwelier,
32 Holstenstr. 32.

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel

kaufen Sie billig und reell bei
Markt **Otto Albers** Kohlmarkt
10.

3. B. kompl. Bett u. 12.50 Mk. an.
Federn per Pfd. 0.45 Mk. b. 4 Mk.
Rote Labecca-Marken.

Gratis **Ausschneiden!** Gratis

Gültig für 10 Bons.

erhält jeder bei Einsendung von 75 Prämienscheinen

Liebigs Puddingpulver Liebigs Backpulver, Liebigs Roter Grütze etc.

einen echt silbernen Teelöffel 800 gestempelt.

Jeder Sammler darf eine Anzeige mitsenden,
welche für 10 Prämienscheine gerechnet wird.
Für 50 Prämienscheine gibt es eine moderne
Brosche, oder eine Krawattennadel,
oder Manschettenknöpfe.

Liebigs Back- und Pudding-
pulver sind die ältesten
Fabrikate Deutschlands
und von unüber-
troffener
Qualität.



Man verlange nur
die echten Liebigs
Fabrikate, welche in allen
besseren Kolonialwaren- und
Drogen-Geschäften zu haben sind.

Vertreter: **Wilh. Köhler-Lübeck, Katharinenstraße 61.**

Nur noch heute

Serien-Tage.

48^h 95^h 1.95^{M.} 2.95^{M.} 3.95^{M.}

Riesen-Bazar

Breite Straße 33.

Pietro Cagna.

Breite Straße 33.

Ausgekämmtes Haar
kauft zu höchsten Preisen
W. Pusback, Süßstraße 43.



Fahrrad- und

Nähmasch.-Rep.-Werkst.

Alle Fabrikate werden fachgemäß u.
billig ausgeführt unter prompter Be-
dienung. Email, Vernick. bill. u. gut.

Carl Heynert, Lübeck,
Moisi. Allee 6a. Fernruf. 352.

Empfehle diese Woche:

Prima junges kernfettes Rindfleisch	Wfd. 65 Pfd.
Bratenstücke Pfd. 70 und 80	
Beefsteak	Pfund 1.10 Mk.
Filet	1.30
Roastbeef	90 Pfd.
Rollfleisch	90
Sulach u. Gehacktes	80
Sammelfleisch	70
Keulen	60
Schweinefleisch	70
Kalbfleisch	60
Keulen	70

sowie sämtl. Wurstsorten
zu den billigsten Preisen.

Paul Boldt

Schlachterei
Bahnhofstr. 22. Fernruf 2133.

Vorträge der Oberschulbehörde.

Seminarleiter **Dr. Möbusz,**
Lübeck:

Die Weltsprache.

4 Vorträge: am Montag, dem 20.
und 27. November, 4. und 11. De-
zember 1911

in der Aula des Johanneums,
Bei St. Johannis 3,
abends 8¹/₄ Uhr.

Eintrittskarten zum Preise von
Mk. 1.— für alle vier Vorträge sind
zu haben im Bureau der Oberschul-
behörde, Glockengießerstraße 4, I.,
bei F. W. Kaihel, Breite Straße 40,
Rich. Quitzow, Breite Straße 97,
Lübeck & Nöhning, Breite Str. 31,
Robert Lübeck, Königstraße 41,
Bureau der Ortsrentenkasse und
der Öffentlichen Beschalle, Meng-
straße 28, in der Nebenstelle der
Spar- und Anleihekasse, Fack-
burger Allee 13/15, sowie im Ar-
beitersekretariat, Johannisstraße 48.



SCHUHWAREN

sind erstklassig in Qualität und Ausführung
bei unerreicht billigen Einheitspreisen.

Spezialmarke, jedes Paar Herren- und Damenschuhe, auch aus Box-, Chevreau- und Lackleder

„TURUL“ Schuhfabrik ALFRED FRÄNKEL Comm.-Ges.

Breite Straße 49 Verkaufsstelle
Lübeck: Breite Straße 49.

Original Goodyear-Welt

Nr. 950

jedes Paar.

25
Mk.

weiterung der Rechte der Versicherten vor.

Die Wahl der Vertrauensleute aus den Kreisen der Versicherten sollte nach der Vorlage durch eine Wahlordnung erfolgen, die der Reichskanzler erläßt. Auf eine Anfrage von unserer Seite stellte sich heraus, daß die Wahl öffentlich in der Weise erfolgen soll, daß der Versicherte den Stimmzettel mit seiner Beitragskarte an den Wahlkommissar einreicht. Gegen diesen Wahlmodus erhoben unsere Genossen Einspruch, sie verlangten geheime Wahl durch Stimmzettel, denn es stellte sich im weiteren Verlauf der Debatte heraus, daß die Regierung in ihrer Wahlordnung auch die öffentliche Stimmabgabe anordnen konnte. Dr. Mugdan ist auch hier mit der Regierung der Meinung, daß die Wahl garnicht anders erfolgen könne, und der Abg. S t r e s e m a n n hob hervor, daß der Hauptauschuß der Angestelltenverbände sich ausdrücklich damit einverstanden erklärt habe, daß von einer geheimen Wahl Abstand genommen werden könne. Schließlich erlangten unsere Genossen nur, daß wenigstens die öffentliche Stimmabgabe unterjagt wird. Das Frauenwahlrecht zu dem Rentenauschuß wurde gegen die Stimmen unserer Genossen und der Volkspartei abgelehnt. In § 147 sollte nach einem Antrage unserer Genossen den Invaliden und freiwillig Versicherten aktives und passives Wahlrecht für die Wahl der Vertrauensmänner erteilt werden. Der Zweck des Antrages war, daß zur Vertretung der Interessen der Angestellten unabhängige Personen herangezogen werden können. Für den Antrag trat keine der bürgerlichen Parteien ein. Auf Antrag unserer Genossen wurde nochmals erörtert, ob die Schiedsgerichte den Oberversicherungsämtern, d. h. den Instanzen der R. V. D. angegliedert werden wollen. Das Zentrum enthielt sich wieder der Abstimmung. Die Fraktion will eine abwartende Stellung einnehmen und schließlich für die besonderen Schiedsgerichte stimmen, um das Gesetz

nicht zu Fall zu bringen. — Der Teil der Vorlage bis zu den Zuschuß- und Erbschaften wurde ohne besondere Debatte angenommen.

Aus der Partei.

Gemeinbewahlzuge. In Mannheim brachten die Stadtverordnetenwahlen der Sozialdemokratie in der ersten Klasse noch zwei Mandate, sodas die Sozialdemokratie jetzt 40 von 96 Stadtverordnetenstellen inne hat. Das Stadtverordnetenkollegium setzt sich nunmehr zusammen aus 40 Sozialdemokraten, 24 Nationalliberalen, 18 Fortschrittler, 12 Zentrum und zwei Mitglieder der Mietervereinigung gegen bisher 33 Nationalliberalen, 32 Sozialdemokraten, 28 Fortschrittler und 3 Zentrum. Die Sozialdemokratie wird nun noch 8 Stadtratsitze erlangen. Statt bisher vier, sodas die Wahlen der sozialdemokratischen Vertretung eine Befestigung um 12 Sitze brachten. — In Jena fanden am Montag Gemeinderatswahlen statt. Es wurden 2 ausscheidende Kommiten von 18 Ausschreibenden und 6 Neugewähl. Die Bürgerlichen Gemeinderat setzt sich nun zusammen aus 14 Sozialdemokraten und 15 Bürgerlichen. Am Donnerstag findet noch eine Nachwahl statt. Bei der W e m m i n g e r Gemeinbewahlmächttigenwahl erhielt die Liste der Sozialdemokratie 3542 Stimmen, die Liste der Bürgervereine (Liberalen und Zentrum) brachte es auf 8941 Stimmen. Die Sozialdemokratie erzielte drei Sitze, auf die Bürgerlichen entfallen sieben Sitze. Bei den Erbschaften zum Gemeinderat in G ü n s d e r Sozialdemokratie gewählt. Mit den gewählten Genossen ziehen zum ersten Male Vertreter der Sozialdemokratie in das Gemeindepament.

Kalender folgende Tabellen und Abhandlungen: Die Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1900 und der Nachwahlen. — Die Sozialdemokratie in den einzelnen Provinzen und Staaten. — Stimmzähl bei der Reichstagswahl 1900. — Biographische Notizen der Sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten. — Inhalt des Kalenders ist vielfältig. Wir erwähnen u. a.: Vertrags der verstorbenen Genossen: Hermann Borgmann, Emma Jhrer, Gabriel Loewenstein, Paul Singer. — Kalendarium und Geisteskalender. — Deutsche Vereine im Ausland. — Worttaxe. — Alle wichtigen Partei- und Gewerkschaftsadressen. Der gewerkschaftliche Zeitschriftliche Vorgänge aus der Gewerkschaftsbewegung: Lohnbewegungen und Streiks. — Internationale Gewerkschaftsbewegung 1900. — Arbeitersekretariate. — Jahreseinnahmen und Ausgaben usw. Für die in der gewerkschaftlichen und politischen Agitation tätigen Genossen wird der Kalender ein unentbehrliches Hilfsmittel sein, namentlich leistet er gute Dienste bei der Kleinarbeit. Darum soll er der ständige Begleiter jedes Arbeiters sein. Zu beziehen ist bei Arbeiter-Notizkalender durch alle Zeitungsboten, Buchhändler und Kolporteurs.

Literarisches.

Arbeiter-Notizkalender 1912. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer G. m. b. H. Berlin SW. 68. Preis: Gebunden 50 Pfg. Mit Rücksicht auf die bevorstehenden Reichstagswahlen bringt der

Warum mußt Du Sozialdemokrat sein? Mit diesem Titel erschien soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer u. Co., G. m. b. H. Berlin SW. 68, eine 16 Seiten umfassende Flug-schrift, die in der Agitation zu den Reichstagswahlen gute Dienste leisten wird. Der Preis ist 10 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwark. Druck: Friedr. Neuer u. Co. Sämtlich in Lübeck

Drucksachen jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volkstrotz“



Wählen Sie

unter diesen drei Marken; alle gleich vorzüglich:

Siegerin

-Margarine, wie allerfeinste Molkereibutter in jeder Verwendungsart.

Mohra

-Margarine, ein Landbutter -Ersatz ohne gleichen.

Palmato

feinste Pflanzenbutter-Margarine, einzig haltbare Nußbutter.

Alleinige Fabrikanten: **A. L. MOHR, G. m. b. H., BAHRENFELD.**

„Zur Hansa“

Kilchstraße 21. Täglich von 12-3 Uhr. **Gr. bürgerl. Mittagstisch** nach der Karte a Person 65 Pfg. — **Abonnement: Ermäßigung.** — Abendessen von 6 Uhr an 40 und 50 Pfg.

Die Arbeitsgarderoben

von **Bahr & Umlandt** — Breite Straße 31 — sind anerkannt preisw. u. haltbar.

Wollhosen	1.40 bis 3.50
Wollhemden	2.50 bis 5.50
Wollwesten	2.90 bis 7.50
Gen. Cordhosen	4.00 bis 9.50
Schlosseranzüge	2.80 bis 5.00

Stapp- u. Bauchhosen in allen Qualitäten. Trotz der billigen Preise rote Subcarmarken.

Museums-Vorträge.

Sonnabend, den 18. Novbr., 8 Uhr. Prof. Dr. Lenz:

Bau u. Leben d. Tiere

1. Die Würmer.

Ausspielen

von fetten Gänsen, Karpfen und Rauchsleisch auf einem Fischbrett

am Sonntag, d. 19. November. Anfang 50 Pfg. Hierzu ladet freundlichst ein

W. Ditz, Marktstr. 65.

Fadentuzer Lieberrafel.

28. Stiftungsfest

am Sonntag, d. 19. November im Parkhaus Gesellschaftshaus. Anfang 7 Uhr abends. Ende morgen. Der Vorstand.

Soeben eingetroffen:

Großer Posten eleganter Herren-Garderobe

Herren-Anzüge, Paletots, Ulster

in allen Preislagen.

Um schnell zu räumen und die Kundenzahl zu vergrößern ist Teilzahlung von 1 Mk. pro Woche gestattet.

Anfertigung nach Mass. ■■ Tadelloser Sitz.

Große Auswahl in modernen

Damen-Kostümen, Blusen, Röcke, Flauschmänteln, Jacketts u. Pelzkragen.

Sehenswerte Ausstellung

von

Schlaf-, Wohnungs-, Speise-, Herren- und Fremdenzimmern, Salons, Büfettts, Kleiderschränken, Kommoden, Vertikos, Trumeaux, Flurgarderoben, Tischen, Schreibtischen, Waschtischen, Kinderwagen, Teppichen, Bettstellen, Nachtschränken.

Passende Weihnachts-Geschenke:

Bauertische, Nähtische, Etageren, Spiegel, Serviertische, Paneele, Bilder, Freischwinger

Auf Wunsch Teilzahlung gestattet.

Möbel- u. Waren-Kaufhaus

S. Ittmann, Lübeck.

Breite Straße 33, I. Im Hause Riesen-Bazar. Auswärtigen Käufern wird Fahrt vergütet.

St.-Gertrud-Bierhalle

Schulstraße 9.

Großes Auspielen

von fetten Gänsen, Karpfen und Rauchsleisch auf einem Fischbrett am **Sonnabend, 18. November** Anfang 10 Uhr vormittags. Einsatz 50 Pfg.

Hierzu ladet freundlichst ein **Fritz Eggert.**



Täglich:

De Bière

(Der Geheimnisvolle)

und das große Programm.

Vorverkauf bei Sager. Vorzugskarten wochent. gültig.

Neues Stadttheater.

Sonnabend, 18. Novbr. 7 1/2 Uhr. Voll-Ab. 55. Unser Sonnab.-Ab

Bei kleinen Preisen!

Die Braut von Messina Tragedie von Schiller. Sonntag, 19. November. 7 1/2 Uhr Voll-Abonnement 50.

Das Musikantenmadel.

Operette von Georg Jarou. In Vorbereitung! Neu! **G a w a n.** Interium von Strafen.

Stadthallen-theater.

Sonntag, 19. November. 7 1/2 Uhr. **Der Gardeoffizier.** (Der Leibgardist.)

Komödie von Franz Wolnar. Vorverkauf täglich in den bekannter Stellen bei Nagel, Markt 14, um **10. 11. 12.**